

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Weinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzette oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

### Vom Verbandstag.

Stettin, 31. Mai.

Sicher war der Verbandstag, der nach achtägiger angestrengter Arbeit gestern in den Abendstunden mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband geschlossen worden ist, keiner von den sogenannten großen Verbandstagen. Marktstunde sind auf der Stettiner Tagung nicht gesetzt worden, wie unser Vorsitzender Leipart in seinem Schlusswort humorvoll zum Ausdruck brachte: Irgendwelche wichtige Änderung statutarischer oder faktischer Art ist peinlichst vermieden worden. Vor allen Dingen wurde jede Änderung oder Erweiterung der Unterstützungseinrichtungen des Verbandes unterlassen. Wie sehr in dieser Frage Übereinstimmung unter den Delegierten herrschte, beweist allein die Tatsache, daß ein Beschluß, von einer Erhöhung der Unterstützungseinrichtungen diesmal abzusehen, mit allen gegen nur zwei Stimmen zustande kam.

Allgemein ist im Verband die Meinung vertreten, daß wir zunächst einer ruhigen Entwicklung unserer Organisation, eines besseren Hineinlebens in die gegenwärtig bestehenden Verbandseinrichtungen bedürfen, ehe wir an eine Erweiterung des Unterstützungswesens denken können. Das ist immerhin ein erfreuliches Zeichen. Es beweist, daß die Mitglieder den Ernst der gegenwärtigen Situation durchaus begriffen haben.

Auch von jeder Beitragserhöhung wurde aus den vorgenannten Gründen abgesehen. Und zwar auch von der Herabsetzung des Lokalanzeugs an dem Verbandsbeitrag zugunsten der Hauptkasse, weil auch diese Maßregel nach Ansicht einiger Kollegen auf eine Beitragserhöhung hinauslaufen würde, die man in der gegenwärtigen Zeit unbedingt vermeiden mußte. Wir können dieser Ansicht nicht zustimmen und bedauern es sehr, daß der Verbandstag diese Gelegenheit vorübergehen ließ, die Hauptkasse zu kräftigen. Wir bedauern diesen Beschluß auch deshalb, weil auch hier wieder zutage trat, daß im Verband durch die große Freiheit der Zahlstellen in der Festsetzung der lokalen Beiträge und Unterstützungseinrichtungen die lokalen Interessen immer mehr in den Vordergrund treten, zum Schaden des Gesamtverbandes. Nach unserer Meinung hätte es im Interesse des Gesamtverbandes gelegen, auf dem Wege der Schmälerung des Lokalanzeugs für die Hauptkasse größere Mittel flüssig zu machen, und es macht keinen günstigen Eindruck, daß die große Mehrzahl der Kollegen in dieser Frage jedes, auch das geringste Entgegenkommen vermissen ließ. Immerhin kann man sich auch über diesen Beschluß trösten. Er zeigt uns, daß die Kollegen dem Verband eine größere Agitationskraft sichern und deshalb alles, was nach Beitragserhöhung aussieht, vermeiden wollen. Möchten nur auch alle Kollegen im Lande draußen die Nutzenwendung aus diesem Beschluß in der Beitragsfrage ziehen und alle ihre Kräfte auf den Verband konzentrieren, damit wir bald größere Fortschritte machen.

Sehr eingehend wurde auch das ganze Gebiet der Agitation behandelt. Daß hier manches versäumt worden ist, wurde allgemein zugegeben. Die Debatte auf dem Verbandstag über diesen Punkt wird sicher dazu beitragen, daß die Agitation künftig kräftiger einsetzt und die Arbeitsfreudigkeit aller unserer Kollegen sich steigert.

Das meiste Interesse erregten naturgemäß die Erörterungen rein faktischer Natur, die auf diesem Verbandstag einen besonders breiten Raum einnahmen. Da verdient zunächst die vierzehnstündige Auseinandersetzung über die Tarifpolitik des Verbandes Erwähnung. Alle die wichtigen Vorgänge der letzten zwei Jahre, die in den beiden Tarifabschlüssen in Berlin und Leipzig einen gewissen Abschluß fanden, wurden nochmals, sowohl durch die Referenten wie durch die Diskussionsredner des eingehenden gewürdigt. Dabei gab es manches scharfe Wort der Kritik für den Verbandsvorstand, unzweideutig trat aber doch zutage, daß man bei kühler Überlegung die bisherige Tarifpolitik des Verbandes billigt und gesonnen ist, im Sinne dieser Politik auch weiter zu wirken. Die Kritik blieb eigentlich doch nur an der Oberfläche, irgendwelche grundsätzliche Einwände gegen die Politik des Verbandes wurden von keiner Seite laut. Im großen ganzen war es nicht die Mißstimmung

über die Maßnahmen des Vorstandes, sondern nur die Erbitterung unserer Kollegen über das tarifschädigende Auftreten verschiedener Ortsvereine und -führer des Schutzverbandes, was den äußeren Anlaß zu dieser Kritik gab. Und wenn man — um nur ein Beispiel anzuführen — sieht, wie Herr Mitsch, der Hauptkassierer des Schutzverbandes, sich leichten Herzens über einen Tarifvertrag hinwegsetzt, wenn man erleben muß, daß derselbe Herr in den Zeitungen nach Tischlern annonciert, die nicht unserem Verband angehören, dann kann man bald an dem guten Willen des Schutzverbandes zur Vertragstreue zweifeln. Die Mißstimmung unserer Kollegen über diese Art, sich der tariflichen Verpflichtungen zu entziehen, ist jedenfalls nur zu begreiflich. Und das war es, was in der Hauptsache gegen die Tarifpolitik des Verbandes eingewendet wurde. Daß es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage unter den Kollegen nicht gibt, beweist allein die Tatsache, daß die nur wenig abgeänderte Resolution des Referenten gegen nur sechs Stimmen zur Annahme gelangte.

Es waren in der Hauptsache auch nur faktische Gesichtspunkte, welche den Verbandstag bei seiner Stellungnahme in der Maisfeierfrage leiteten. Der Verband steht jederzeit vor großen Kämpfen, die Atmosphäre in der Holzindustrie ist gewitterschwül, da muß seitens der Kollegen alles vermieden werden, was die Lage komplizieren und uns zur Unzeit in einen Machtkampf hineintreiben könnte. Deshalb die Mahnung vieler Kollegen, auch auf dem Verbandstag mit der Maisfeier sehr vorsichtig zu Werke zu gehen, damit sie nicht Anlaß zu einer schweren Niederlage unserer Bewegung gibt.

Auch die wichtige Frage der Sitzverlegung des Vorstandes ist vom Verbandstag ganz allein unter dem Gesichtspunkt einer rein faktischen Maßnahme betrachtet und behandelt worden. Sicher ist es vielen Kollegen nicht leicht geworden, den Sitz des Verbandes von Stuttgart, wo er sich seit 25 Jahren befand, zu verlegen. Aber die Entwicklung des Verbandes machte schließlich eine solche Maßregel notwendig. Das Schwergewicht unserer Organisation liegt in Groß-Berlin und in Norddeutschland, dort werden die größten und wichtigsten Kämpfe geführt, und es liegt deshalb im Interesse des Verbandes, die Organisationsleitung in dieses wichtigste Verbandsglied zu verlegen. Die große Mehrzahl der Verbandskollegen, die bei der Abstimmung gezeigt, verspricht sich von dieser Verlegung des Verbandssitzes von Stuttgart nach Berlin eine gesteigerte Schlagfertigkeit unserer Organisation. Möge dieser Beschluß, wie alle Beschlüsse des Stettiner Verbandstages, unserem Verband Heil bringen.

\* \* \*

Der Verbandstag wurde am Sonntagabend im Stettiner Tiergarten eröffnet. Der große Saal des Stablimmentens war bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach einem Marsch von Sousa, „Die Freiheitsglocke“, und einer gut gespielten feinen Ouvertüre zu einer verschollenen Oper Mozarts, „Titus“, sangen die Vereine „Proletarier“ und „Vorwärts“ gemeinsam den Vorkursch „Verbandsgruß“ von Kleniewski. Nachdem hierauf der Geschäftsführer der Zahlstelle Stettin, Kassube, einen Überblick über die Entwicklung der Holzarbeiterbewegung in Pommern, insbesondere in Stettin seit den siebziger Jahren gegeben, warf der Vorsitzende Kollege Leipart einen Rückblick auf die Hauptereignisse des letzten Jahres innerhalb des Holzarbeiterverbandes und wies insbesondere auf den großen Verlust hin, den derselbe durch das Hinscheiden der zwei an der Spitze stehenden Kollegen, des Hauptkassierers Bohne und des Vorsitzenden Kloss, erlitten. Zu ihrem ehrenden Andenken erhob die Festversammlung sich von den Plätzen. Hierauf erklärte der Redner den siebten Verbandstag für eröffnet.

Hierauf erfolgte die Wahl des provisorischen Bureaus. Gewählt wurden zu Vorsitzenden die Kollegen Leipart und Glöckel-Berlin, zu Schriftführern Siebel-Berlin und Gericke-Leipzig. Ferner wurde die Mandatprüfungskommission gewählt, bestehend aus den Kollegen Robert Fendel-Weissensee, Dohler-Berlin, Lehmann-Leipzig, Groß-Augsburg, Essler-Cassel, Wlecke-Hamburg und Salting-Berlin. Damit hatte die Vorversammlung ihr Ende erreicht. Anschließend daran fand eine Begrüßungsfeier statt.

Die eigentlichen Arbeiten begannen erst am Montag den 25. Mai. Der Verbandstag ist polizeilich überwacht. Vorsitzender Leipart teilt mit, daß gegen diese gesetzlich unzulässige Maßregel bei den vorgesetzten Behörden Beschwerden erhoben sei. Leipart begrüßt sodann die ausländischen Gäste.

Waloop-Notterdam feiert die Überwindung der anar-chistischen Quertreibereien in den niederländischen Fach-organisationen und verspricht, daß die Holländer sich auch für weitere gewerkschaftliche Arbeit die großen deutschen Verbände zum Muster nehmen würden.

Widgren-Stockholm: Der Sprachenunterschied bildet für die Proletarier kein Hindernis, sich international zu verständigen. Wir sind eine kleine Organisation, aber unsere 14.000 Mitglieder sind 80 Prozent aller schwedischen Holzarbeiter. Wir sind bemüht, von Deutschland zu lernen. Nachdem wir 1907 die Reiseunterstützung eingeführt haben, werden wir jetzt auch die Arbeitslosenunterstützung zu organisieren versuchen. Denn auch wir leiden schwer unter dem Fluche der Arbeitslosigkeit.

Richter-Wien: Wir in Österreich leben in einem Lande der Reaktion. Zusammengeheiratet, zusammengeerbt, zusammengestohlen ist unser Land, das nicht weniger als acht Nationen umfasst. Da nimmt noch mancher Arbeiter den großen ideellen Kampf um die Nationalität bitter ernst und vergift ganz, daß ihm auch der „nationale“ Ausbeuter die Haut über die Ohren zieht. Gleichwohl sind wir vorwärts gekommen und haben die Mitgliederzahl unseres Verbandes in den letzten fünf Jahren verdachtacht. (Bravo!) Jetzt, wo wir nach großen Schwierigkeiten und unter großen Opfern die politische Gleichberechtigung erkämpft haben, hoffen wir, auch in der Fachorganisation bald ein würdiges Glied in der internationalen Arbeiterbewegung zu werden. Auch wir standen einst unter einem Ausnahmegesetz wie Sie unter dem Sozialistengesetz. Auch bei uns suchte man die moderne Arbeiterbewegung unter dem Ausnahmezustand in Blut zu erstickern — buchstäblich — und im Kerker zu ermorden. Aber wie Sie haben wir die Schrecken des Ausnahmegesetzes überwunden und dringen immer weiter vor. (Beifall.)

Prattky-Prag bespricht die Kämpfe und Erfolge der böhmischen Holzarbeiter, die im Vorjahr in Prag trotz 34 wöchiger Aussperrung die neunstündige Arbeitszeit erzwungen hätten. Auch im Kampfe mit den gelben Organisationen hätten sie schöne Erfolge, und bald werde hoffentlich der letzte deutsche Unternehmer sich den letzten Streikbrecher aus Böhmen geholt haben. (Beifall.)

Leipart dankt den ausländischen Gästen und hebt den praktischen Wert der internationalen Solidarität der Arbeiter hervor. Er teilt sodann die Begrüßungsschreiben der Holzarbeiterorganisationen von Frankreich, Belgien, der Schweiz, Italien, Ungarn und Dänemark mit.

Hierauf konstituiert sich der Kongress endgültig. Und zwar werden neben den in das provisorische Bureau gewählten Kollegen noch die Kollegen Romberg-Hamburg, Starke-Dresden, Schönenberger-Schmenningen und Klose-Kiel berufen.

Ein Antrag Berlin und Spandau, auf die Tagesordnung die Stellungnahme zum Generalstreik zu setzen, wird nicht genügend unterstützt. (Beifall.)

Zur Erledigung der laufenden Arbeiten wird eine Reihe von Kommissionen gewählt. Die Revisionskommission bilden Roth-Schmidt-Berlin als Vorsitzender des Ausschusses, Maß-Berlin, Plenninger-München, Werner-Frankfurt und Brechling-Dresden. Die Beschwerdekommmission wird gebildet aus Reiche-Berlin, Heider-Bregenz, Derbe-Hannover, Ahlemeyer-Bremen, Sorg-Mürnberg, Dammmer-Hamburg und Huber-München. In die Statutenkommission werden gewählt Gericke-Leipzig, Leopold-Dresden, Raith-München, Schmidt-Gölln, Leopold-Berlin, Scholz-Breslau, Neumann-Hamburg, Schreck-Bielefeld, Gorgas-Magdeburg. Der Statutenkommission werden alle genügend unterstützten Anträge überwiesen.

Es wird über einige Wahlproteste entschieden. Der Bezirk Bremerhaven bleibt unverändert, weil infolge vorgekommener Unregelmäßigkeiten ein genaues Wahlergebnis sich nicht feststellen ließ. Das Mandat des Kollegen Stumpff-Heilbronn, Prager-Heidelberg, Groeneveld-Duisburg wird für gültig erklärt. Bezüglich der Wahlvorgänge in Treuenbriegen wird dem Kollegen Mengert-Treuenbriegen eine Rüge ausgesprochen.

Vorsitzender Leipart teilt mit, daß der Stettiner Polizeipräsident sich nach längeren Verhandlungen bereit erklärt hat, die polizeiliche Überwachung zurückzuführen. Hierauf trat die Mittagspause ein.

In der Nachmittagsitzung gibt Kollege Leipart eine mündliche Ergänzung des in den Jahrbüchern für 1908 und 1907 erstatteten Berichtes des Vorstandes. Zunächst erwähnt er das Zirkular, das der Vorstand im Januar 1907 an die Zahlstellen richtete, um eine bessere Befolgung des Streitreglements zu erreichen. Dieses Zirkular kam in verbandsgegnerische Hände und wurde von der bürgerlichen Presse weidlich gegen uns ausgebeutet. Es sollte nicht vorkommen, daß ein solches Zirkular in unrechte Hände kommt, und es muß das recht gerügt werden. Zum Glück wurde durch die Veröffentlichung des Zirkulars der Verband nicht geschädigt. Die Führung der Lohnbewegungen war früher erheblich schwieriger als jetzt, und doch wurde stets Disziplin von den Kollegen verlangt; um so mehr ist unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen Disziplin der Kollegen nötig. Von einem Mißbehörden kann bei uns unter den

Mitgliedern keine Rede sein, eher vom Gegenteil. Zum guten Teil mag das an den Erfolgen der friedlichen Lohnbewegungen liegen. Der Vorstand müsse in jedem Einzelfall einer Lohnbewegung mit den äußersten Konsequenzen rechnen. In gewissen Kollegien wird das nicht begriffen, sonst würden von manchen Verwaltungen in der jetzigen ungünstigen Geschäftszeit nicht so leichtsinnige Anträge bezüglich der Lohnbewegungen und Streiks gestellt. — Redner erörtert das verhältnismäßig ungünstige Ergebnis der im letzten Jahre vorgenommenen Einhebung von Extrabeiträgen und die Vorgänge bei der letzten Maifeier. — In diesem Jahre hat der Schutzverband eine besonders wirksame Agitation für die Maifeier gemacht. Er hat die bekannten Plakate in den Werkstätten ausgehängt, durch die viele Kollegen zum Feiern veranlaßt worden sind, die sonst nicht gefeiert haben würden. Eine Aussprache über die Maifeier sei am Platze, auch schon in Rücksicht auf die Regelung der Unterstützungsfrage, die zwischen Generalkommission und Parteivorstand vorgenommen worden ist. — Auf dem Gebiet der Agitation ist sicher nicht alles getan worden, was hätte geschehen müssen, auch vom Vorstand nicht. Das lag in der Hauptsache an der riesigen Überlastung durch Lohnbewegungen usw. Wir haben das Empfinden, daß auch von den Verwaltungen und Gauvorständen mehr hätte gesehen werden müssen. Das Verstumte sollte bald nachgeholt werden. Besonders sollte man sich mehr mit den gelben Gewerkschaften beschäftigen, um sie mehr zurückzubringen und ihren Einfluß zu brechen. — In bezug auf den Rechtschutz können wir von einer gewissen Wandlung sprechen. Sonst hatten wir große Prozesse meist nur mit der Polizei zu führen. Jetzt sind unsere „großen“ Prozesse nur Zivilprozesse, wie die in Düsseldorf, Hamburg, ein Prozeß mit der Steuerbehörde in Gbrly und andere, über die in der Zeitung zum Bericht worden ist. Zahlreich sind wieder die Verurteilungen von Streikposten, die sich zumeist auf Polizeiverordnungen stützen. — Zu beklagen hat sich der Vorstand darüber, daß von einzelnen Zahlstellen bei Auszahlung von Unterstützungen das Statut in der grüblichsten Weise verletzt wird. Eine Fülle von Weisungen wird angeführt, wo an Mitgliedern, die nicht unterstützungsberechtigt waren, Unterstützungen ausbezahlt, oder wo an unterstützungsberechtigte Mitglieder zu hohe Unterstützungen gezahlt wurden. — Gegen die Festschüttung der Kollegen, wie sie durch Gründung der Bühnenarbeiterverbände und anderer Organisationen vorgenommen wird, müssen wir uns entschieden wenden. Redner erfucht, bei der Kritik der Tätigkeit des Vorstandes die anstrebenden und den Verband milderbewegenden Vorgänge der letzten Jahre, die uns in unserer Tätigkeit stark beeinflusst haben, mit zu berücksichtigen. Kollege Rönig gibt eine Übersicht über die Rassenverhältnisse des Verbandes, auf die wir wiederholt an dieser Stelle schon eingegangen sind. Auch dieser Redner bespricht eingehend die Entwicklung der Rassenverhältnisse des Verbandes während der letztenjährigen Ausperrung. Im laufenden Jahre haben sich die Verhältnisse besonders ungünstig angelesen, was drückend auf die Kasse des Verbandes wirkt. Sicher haben wir im ersten Quartal des Jahres ein Defizit zu verzeichnen. Auch dieser Redner geht auf die vorjährigen Extrabeiträge ein und ermahnt die Lokalverwaltungen und Gauvorstände zu erhöhter Aufmerksamkeit bei der Rassenkontrolle, um die für unseren Verband peinlichen Unterschlagungen künftig möglichst einzudämmen. In der Diskussion geht Gerhards auf die Konflikte wegen der Geschloßforstsubventionen ein. Nach seiner Meinung hätte vom Verbandsvorstand in einem Fall den Zeiger Rorbmacherkollegen anstatt die Arbeitslosen die Streikunterstützung gezahlt werden müssen. Becker vom Vorstand bestreitet, daß hier Streikunterstützung am Platze gewesen wäre. Man könne doch niemals in einem Falle, wo es sich lediglich um Arbeitslosigkeit handle, Streikunterstützung zahlen. Heider rügt es, daß der Vorstand in einem Falle gegen den Willen der Zahlstellenverwaltung eine Firma aus der Sperrikte gestrichen hat. Wforr-Höchst a. M. erörtert Vorgänge bei der letzten Lohnbewegung in jener Zahlstelle, die die Notwendigkeit der Zusammenlegung aller Verwaltungsstellen in zusammenhängenden Lohngebieten erweisen. Auch Körner-Mürnberg brachte manche Klage über das Verhalten des Vorstandes auf dem Gebiete der Lohnbewegung vor, die aber Becker treffend widerlegt, allein unter Hinweis auf die Tatsache, daß in den letzten zwei Jahren in Nürnberg 3500 Kollegen in Streiks und Lohnbewegungen gewesen sind. Auch das oft schädliche System der Werkstattperrren, wie es von einigen Zahlstellen geübt wird, rückt der Redner in das richtige Licht. Scholz-Breslau fragt an, weshalb Breslau bei den Verhandlungen in Leipzig nicht vertreten gewesen ist. Mayer-Fürth beschwert sich über den Ton, den der Vorstand in seiner Korrespondenz mit den Lokalverwaltungen anschlägt. Schneegäß antwortet, daß bei den Verhandlungen in Leipzig sowohl wie in Berlin nur jene Zahlstellen vertreten waren, deren Beiträge bis April ds. J. abfließen. Deshalb blieb Breslau unvertreten. Redner geht auf die Verhältnisse in Fürth des näheren ein, die sicher nur das Vorgehen des Vorstandes rechtfertigten. Becker: Man solle bei Verhandlungen mit den Unternehmern recht vorsichtig sein. — Zu dem Punkt Agitation rügt es Kollege Napp-Baden-Baden, daß den kleineren Zahlstellen der Davidische Referentenführer nicht zugegangen ist. Feller-Hannover: Die Versammlungsagitation werde heute leider nicht mehr so gründlich betrieben wie früher. Hier müsse mehr gesehen werden. Groenewald-Duisburg: Im Ruhrgebiet haben sich die Hoffnungen, die wir an die Anstellung von Beamten geknüpft haben, nicht erfüllt. Nun soll der Beamte in Duisburg von dem Hauptvorstand nicht mehr unterstützt werden. Das halte ich für einen großen Fehler. Becker: Der Vorstandsvorstand kann es nicht verantworten, für eine Zahlstelle von 350 Mitgliedern dauernd einen Beamten anzustellen. Ich habe das Gefühl, daß wir mit den Beamtenanstellungen in den letzten zwei Jahren reichlich schnell vorgegangen sind. Den Davidischen Referentenführer

bestimmen alle Zahlstellen für die Bibliothek zur Verfügung gestellt. In der Agitation brauchen wir alle Kräfte, um unseren Verband auf die Höhe zu bringen. Schred-Bielefeld wünscht, daß das Jahrbuch künftig in einer größeren Auflage hergestellt wird, und rügt, daß das Handbuch so spät erschien, daß es jetzt schon teilweise veraltet ist. Redner führt den Rückgang der Organisation nicht nur auf die Krise, sondern auch auf die Vernachlässigung der Agitation zurück. Er wünscht, daß der Vorstand zur Belebung der Agitation eine Broschüre herausgibt, die das Thema: „Zentrale und lokale Interessen“ behandelt, und daß in den verschiedenen Bezirken Beamte speziell zum Betrieb der Agitation angestellt werden. Zur Erziehung der Mitglieder geschehe leider auch zu wenig. Noack-Hagen erörtert die großen Schwierigkeiten der Agitation im Ruhrgebiet und im Sauerland. Felix Leopold-Berlin, Fiebig-Kattowich, Sigmund-Karlsruhe verbreiten sich über andere Agitationsfragen. Gerlikte: Auch in der Krise werden die Gauvorsteher ebenso sehr durch Lohnbewegungen, besonders durch Abwehrbewegungen in Anspruch genommen, als in der Zeit der Hochkonjunktur. Deshalb müssen die Gauvorsteher nach wie vor, und jetzt erst recht, alle nur irgendwie verfügbaren Kräfte zur Agitation heranziehen. Der Rückgang in der Mitgliederentwicklung ist in der Hauptsache auf die Frustrifizierung der gelben Bewegung durch die organisierten Unternehmer zurückzuführen. Wolmann: Wir werden in der Agitation mehr Erfolge erringen, wenn wir der in manchen Mitgliederkreisen notorisch gepflegten Verbandsverdrossenheit entschieden entgegenreten. Laffer-Cassel: In Cassel können wir beobachten, daß die große Mitgliederfluktuation in der Hauptsache auf den Rückgang des Geschäftslebens zurückzuführen ist. Redner empfiehlt, den jungen Nachwuchs besser zur Organisation zu erziehen. Schmid-Hannover: Es wirkt schädigend auf die Agitation, daß bei der Auswahl der Agitatoren nicht vorsichtig genug verfahren wird und zumeist nur die Mitglieder der Gauvorstände, die doch nicht alle zur Agitation befähigt sind, zur Agitation herangezogen werden. Mit den Beamtenanstellungen sollten wir nicht zurückhalten, besonders wird eine Verstärkung des Beamtenapparates im Hauptbureau notwendig sein, damit die Verbandsleitung entlastet wird. Schirmer-Fürth: Die Agitation wird für uns immer schwieriger, je mehr wir uns ausdehnen und je mehr wir die leichter zu erlangenden Elemente in der Organisation vereinnamen. Es sollte den Gründen der Mitgliederfluktuation mehr nachgegangen werden. Raith meint, es sei Pflicht der Gauverwaltungen, alle Kräfte zur Agitation heranzuziehen. In den zurückgelassenen Gebieten ist die Lohnbewegung immer noch das beste Agitationsmittel. Der Mitgliederrückgang ist um so bedauerlicher nach den großen Erfolgen, die wir in den letzten Jahren erzielt haben. Die Versammlungsagitation bildet doch immer noch den Gipfel unserer Agitation. Der Streit zwischen Partei und Gewerkschaften hat uns riesig geschadet. Tragen Sie die Begeisterung wieder in die Kollegentreise hinein, dann wird es wieder vorwärts gehen. Nach kurzen Ausführungen Knorr-Trebbin wird Schluß der Debatte beschlossen. Leipart im Schlußwort: Der Streit ist die ungewollteste Agitation; wir wollen nicht streifen, sondern unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern. Die Beamtenbezüge hat uns allerdings riesig geschadet. Die großen Agitationsstoren sind unentbehrlich zur Belebung der Agitation. Notwendig ist bessere Vorbereitung der Agitation, das gilt auch für die Referenten. Die Tatsache, daß die Gauvorsteher jetzt mehr Zeit zur Agitation haben, bleibt bestehen. Redner wendet sich gegen den in der Debatte gemachten Vorschlag, das Handbuch künftig in kleinere Broschüren zerlegt herauszugeben. Der Vorstand ist enttäuscht über die Mitgliederbewegung gerade an jenen Orten, wo mit Unterstützung des Vorstandes ein Beamter angestellt wurde. Er hat das Empfinden, als wenn an jenen Orten die Lokalverwaltungen nach Anstellung der Beamten nicht mehr wie früher ihre Pflicht getan haben. Grner zum Rassenbericht: Die unzulässigen Unterstützungen in Berlin und Umgebungen mögen in der vorjährigen Ausperrung ihre Entschuldigung finden. Beispielsweise mußte während der Ausperrung an arbeitslose Kollegen länger, als statutgemäß zulässig, Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt werden. Langhammer-Berlin hält es für gänzlich ausgeschlossen, daß in Berlin an nicht unterstützungsberechtigte Kollegen Unterstützungen ausgezahlt worden ist. Seufert-Stuttgart entschuldigt die Nichtabführung der Extrabeiträge in der Zahlstelle Stuttgart an die Hauptkasse mit den desolaten Rassenverhältnissen, unter denen im Vorjahr die Stuttgarter Lokalkasse infolge des Klavierarbeiterstreiks zu leiden hatte. Es sprechen noch Knorr-Trebbin, Gerlikte, Sorg und Schneppenhorst-Mürnberg, Schöpfer-Bremen, die ihre Zahlstellen zumeist wegen schlechter Abführung der Extrabeiträge zu rechtfertigen versuchen. Becker geht nochmals auf die Münberger Bewegung ein und widerlegt verschiedene Einwendungen der Vorredner. Womberg-Hamburg schildert die Ursachen, weshalb die Hamburger sich in der Extrabeitragsfrage so hochbeinig gestellt haben. Schmid-Röhl rügt die unzulässige Praxis verschiedener Zahlstellenkassierer bei Auszahlung der Reiseunterstützung. Die Unterschlagungen wären leicht einzuschranken, wenn die Werkstattkassierer zu wöchentlichen Abrechnung angehalten würden. Auch die ungenügenden Gehälter tragen an manchen Unterschlagungen die Schuld. Gerike-Leipzig vertritt die Meinung, daß die Zahlstellen, welche zu wenig oder keine Extrabeiträge abgeführt haben, verpflichtet werden, dies nachträglich noch zu tun. Die Angriffe auf den Vorstand wegen nicht genügender Unterstützung der Lohnbewegung sind unberechtigt, wie allein ein Blick auf die Verbandsabrechnung beweist. Ehrlich-Leipzig erörtert Fragen der Rassenpraxis. Mit der Einführung von lokalen Unterstützungsvereinigungen ist zum Teil nicht Maß gehalten worden, zum Schaden des Gesamtverbandes. Es sprechen noch Salzbrunn-Nerdingen und Raub-Stuttgart.

Im Schlußwort geht der Hauptkassierer Rönig auf einzelne in der Debatte aufgeworfene Fragen der Rassenführung des näheren ein. Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, daß noch recht viele Zahlstellen nachträglich die schuldigen Extrabeiträge entrichten. Bornann-Bremen kritisiert, daß der Vorstand im Vorjahr vor dem 1. Mai einen Aufruf erließ, der an den Vertragsorten vor der Arbeitsruhe warnte, um Differenzen und eine Ausdehnung der Ausperrung zu verhüten. Auch die Geldsammlung anlässlich der Maifeier und die Praxis des Vorstandes bei Auszahlung der Unterstützung an die Maifeierausgesperrten finden nicht seinen Beifall. Robert Schmid empfiehlt namens der Revisionskommission, mit der Vorbereitung der besonders wichtigen Vorstandswahl die Revisionskommission in Verbindung mit den Gauvorstehern zu beauftragen. Es wird demgemäß beschlossen. Schred-Bielefeld wünscht im Interesse der Bewegung eine baldige endgültige Regelung der Maifeierfrage. Obwohl er mit Begeisterung sechzehn Jahre lang für die Arbeitsruhe am 1. Mai eingetreten war, empfand er den Aufruf des Parteivorstandes am 1. Mai 1907 und die Stellung des Verbandsvorstandes in der gleichen Frage als eine besetzende Tat. Die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai muß endlich ablehnend entschieden werden. Unsere größere Verantwortung läßt eine andere Entscheidung nicht zu. Wir erobern von Tag zu Tag durch unsere Organisation, was wir früher durch papierene Resolutionen am 1. Mai gefordert haben. Deshalb hat sich die Form überlebt und wir sollten die Arbeitsruhe, die in der großen Industrie doch nicht durchzuführen ist, recht bald fallen lassen. Werner-Frankfurt a. M.: Die Maifeierfrage ist das Schmerzenskind unserer Bewegung geworden. Der Warnungsartikel der „Holzarbeiter-Zeitung“, der im letzten Jahre zur Maifeierfrage erschien, entsprach der Stimmung der großen Masse der Kollegen. Die Regelung der Unterstützungsfrage durch Generalkommission und Parteivorstand ist unhaltbar. Wir sollten unsere Delegierten auf dem Gewerkschafts- und dem nächsten internationalen Kongreß verpflichten, mit der Arbeitsruhe Schluß zu machen, damit wieder Friede in unsere Bewegung einzieht. Laffer-Cassel schloß sich vollinhaltlich den beiden Vorrednern an; auch Kollege Feller-Hannover vertritt entschieden den Standpunkt dieser Kollegen. Aus den Mitgliederkreisen heraus müßte der Vorstand gezwungen werden, auf eine Änderung in der Maifeierfrage hinzuwirken. Rlose-Riel tritt der Ansicht des ersten Redners bei. Schirdewahn-Sufum: Man sollte ehrlich sein und sagen, die Maifeier hat sich überlebt und muß beseitigt werden. Lehmann-Leipzig ist mit der Durchführung des Sömer Beschlusses in der Maifeierfrage nicht einverstanden; der ganze Beschluß ist nicht glücklich. Kommen wir zum klaren Ziele: entweder wir feiern oder wir feiern nicht. Rütch-Hamburg: Man steht vor einem Rätsel, wenn man die Redner vor zwei Jahren und die von heute hört über diese Frage. Wie können wir jetzt über die prinzipielle Frage: ob Arbeitsruhe oder nicht, entscheiden. Ja, wenn wir vor einem internationalen Kongreß ständen. Der Standpunkt Schreds ist unhaltbar. Zum Schluß wendet sich Redner gegen die Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission und verlangt Aufrechthaltung des Sömer Beschlusses. Gerlikte hat den Eindruck, daß man sich mehr und mehr an die Ventilierung der Maifeier heranwagt. Das sei ein erfreuliches Zeichen. Redner äußert sich im Sinne der Kollegen Schred und Lehmann und spricht sich für Anerkennung des Abkommens zwischen Parteivorstand und Generalkommission aus. Derbe-Hannover ist zum Gegner der Arbeitsruhe geworden. Die Tatsachen sprechen eine zu deutliche Sprache. Die Kollegen in Hannover haben schließlich einsehen gelernt, daß es besser ist, mit der Arbeitsruhe aufzuräumen, um die Agitation nicht zu sehr zu schädigen. Raith-München: Vor zwei Jahren glaubten Sie, die Mängel in den Reihen der Maifeier seien nur von dem Mangel einer Unterstützung her. Ich habe Sie damals gewarnt: Verzichten Sie auf eine bezahlte Maifeier! Wenn Sie in Zukunft die Unterstützung noch erhöhen, werden Sie bald keinen mehr aus der Bude herausbekommen. Wenn vor 3 oder 4 Jahren wir Süddeutschen so geredet hätten, wie heute die Norddeutschen hier aufmarschiert sind, dann wäre Capua noch eine sittenswerte Stadt im Verhältnis zu München gewesen. (Heiterkeit.) Dabei haben wir längst den 1. Mai ohne Bezahlung gefeiert. Wir haben sogar einen Tarif, den die Christlichen mitunterzeichnet haben und in dem der 1. Mai freigegeben ist. (Heiterkeit.) Freilich bin ich von der Freigabe des 1. Mai nicht sehr erbart. Ist am 1. Mai schlechtes Wetter oder Freitag, so müssen wir die Kollegen zwingen, ihn zu feiern. Auf die Arbeitsruhe verzichten können wir jetzt nicht. Das wäre Wasser auf die Mühle der Scharfmacher. Die Worte Schreds klangen geradezu höhnisch. Im übrigen ist zwar scharf machen leichter als bremsen. Wir sind ja gewohnt, manchen Schritt zurückzutun. Das ist ja nicht so schlimm. Parteivorstand und Generalkommission werden die Maifeierfrage schon einer tüchtigen Lösung zuführen. Die Maifeier wird am Abend oder am Sonntag demonstrativer sein als am 1. Mai. Schirmer-Fürth: Mit papierenen Resolutionen bleibe man uns nur vom Leibe; wir wollen endlich ein klares Entweder — Oder. Rütch-Hamburg: Die Maifeier ist durch die Indolenz der Arbeiter nicht das, was sie sein soll, ein flammender Protest gegen Regierung und Unternehmertum. Manches hat sich geändert, sie hat unseren Erwartungen nicht entsprochen. Aber deshalb dürfen wir doch den Materialismus nicht überhandnehmen lassen. Die Unterstützungen waren der Nagel zum Sarge der Maifeier. Am schlimmsten aber wirkten die Abmachungen. Sie haben den idealen Charakter der Maifeier gänzlich zerstört. Und doch sind wir noch nicht stark genug, um nicht alljährlich die Arbeiter aufzurufen zum Kampfe für die Verfürzung der Arbeitszeit. Die ideale Maifeier kann uns keine Unterstützung schaffen. Robert Schmid-Berlin: Der gewaltige Wechsel der Auffassungen in dieser Frage wirkt verblüffend, ist mir aber kein Rätsel. Es mußte so kommen in der Zeit des Niederganges, wenn auch der gleiche Entschluß in den Zeiten der

Hochkonjunktur würdiger und imposanter gewesen wäre. Lütt hat mit seinem Argument unrecht, daß die Produktion trotz Maisfeier die gleiche bleibt. Die Kollegen, die draußen liegen bleiben, machen sich eigene Gedanken darüber, ob es gleich sei, ob sie produzieren, oder die, die ihnen in den Rücken gefallen sind. Das Vertrauen der Arbeiter zu uns wird wegen des Fallenlassens der Arbeitsruhe nicht schwinden. Haben wir nicht auch unsere Stellung zu den Landtagswahlen gründlich geändert? (Sehr wahr!) Die Arbeiter, die feiern, haben auch Anspruch auf Unterstützung. Die Abmachungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand sollten die Maisfeier auf das Maß beschränken, in dem sie durchführbar ist, und daß die Parteioorganisationen einen Teil der Kosten tragen, sollte auch ihr Verantwortlichkeitsgefühl stärken. Die Parteikasse selbst konnte damit nicht belastet werden. Die Verweisung an die Lokalorganisationen war schon deshalb das Richtige, weil die Maisfeier nur je nach der örtlichen Lage durchgeführt werden kann. Dadurch wird die Maisfeier nicht abgewürgt, sondern nur geregelt nach der Stärke der Organisationen. Wir müssen also den Abmachungen zustimmen, können aber daneben durch eine Resolution annehmen, die unsere Meinung über die Maisfeier ausdrückt. Berlin wird die diesjährige Maisfeier im Holzarbeiterverband 60 000 bis 70 000 Mk. kosten. Mit dem Gelde könnte lieber etwas für die 1500 Ausgesteuerten getan werden; das wäre agitatorisch sehr viel wertvoller und würde sehr viel Gutes stiften. Wir müssen in dieser Zeit alles aufwenden, um die Kollegen vor der Armenunterstützung und dem wirtschaftlichen Verfall zu retten und alles nicht gewerkschaftlich Praktische zurückstellen. (Beifall.)

**Glocke-Berlin:** Der vorjährige Vorstandsbeschluss hat nicht unsere Beifall gefunden. Wir dürften unseres Erachtens gerade in dieser Zeit der Krise keine Furcht vor dem Arbeiterschutzbund zeigen. Die Folge dieser Schwäche war in diesem Jahre die allgemeine Ausperrungsdrohung. Wir dürfen nie eine exorbitante Position aufgeben, sonst ist sie sehr schwer zurückzuholen. Die Einigkeit der Arbeiter hat noch immer Erfolge erzielt und wird auch die Arbeitsruhe durchsetzen können. Aber freilich muß man diesen Kampf mit Idealismus führen. Wir können den Abmachungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand nur zustimmen, wenn bei uns die Unterstützung der Maisfeiernden auch aus der Zentralkasse gesichert bleibt. — Ein Schlusstratagema findet Annahme.

In seinem Schlusswort verteidigt Leipzig die Haltung des Vorstandes in der Maisfeierfrage. Die Maisfeiergeschichte habe den Verband von Blamage zu Blamage geführt. Offene Provokationen und Demütigungen seitens des Unternehmertums müsse er ungekräftigt hinnehmen. Er sei als ideal gesinnter Anhänger der Maisfeier von Hamburg nach Stuttgart gekommen, aber jetzt widerstehe es seinem Idealismus, das alljährliche Glend in den Werkstätten mit anzusehen. Mehr als 150 000 Mk. habe die diesjährige Maisfeier den Verband gekostet. Das Geld sei nicht zum Nutzen des Verbandes ausgegeben. Mit dem heutigen Zustand sei niemand zufrieden. Darum trete er offen für die Beseitigung der Arbeitsruhe ein.

In der Abstimmung wird folgender Antrag Neumann angenommen:

„Der Verbandstag hält an den Beschlüssen des Verbandstages in Göttingen bezüglich der Unterstützung der Maisausgesperrten so lange fest, als nicht ein endgültiges Übereinkommen zwischen Parteivorstand und Generalkommission getroffen ist. Wird dieses Abkommen getroffen, so tritt es auch für unsere Organisation in Kraft.“

Gegen diesen Antrag stimmten nur Glocke und zwei andere Delegierte. Die Anträge, ausdrücklich gegen die Arbeitsruhe Stellung zu nehmen, kamen danach nicht mehr zur Abstimmung. Die übrigen Punkte des Vorstandesberichtes, Arbeitslosenstatistik, internationale Beziehungen, Kartellvertrag mit den Bildhauern, riefen keine wesentliche Debatte hervor.

Es folgt Punkt „Sektionen und Branchenkongresse“.

**Heider-Regnitz** beschwert sich darüber, daß die Generalkommission der Klaviermacher nichts tue. **Rehbach-Göppingen** rügt, daß die Bürstenmachergeneralkommission einen Beschluss der Bürstenmacherkongressen betreffs der Lehrlingsfrage nicht ausgeführt habe. **Gerhardt-Zeitz** beschwert sich über die Generalkommission der Korbmacher, die nur eine Lohnreduzierungskommission sei, und spricht sich gegen die vielen Branchenkongresse aus. **Märten-Berlin** tritt für Einberufung einer Branchenkongressen der Ristenmacher ein. **Felix Leopold-Berlin** stellt fest, daß die Klaviermachergeneralkommission doch mehr getan habe, als Heider hier behauptete, wenn sie auch mehr hätte tun können.

**Weder:** Es wäre richtig gewesen, wenn die Klaviermachersektionen uns über die unzureichende Tätigkeit ihrer Generalkommission unterrichtet hätten, damit wir eingreifen konnten. Mit dem Eingreifen der Korbmachergeneralkommission in der Geschloßborbfrage sind auch wir nicht einverstanden. Redner ist gegen Einberufung einer Maschinenarbeiter- und einer Ristenmacherkongressen. Man überschätze die Bedeutung dieser Kongresse.

**Krause-Berlin** rechtfertigt das Vorgehen der Korbmachergeneralkommission. **Siebel-Berlin** hält die Einrichtung von Branchenzentralkommissionen in abgeschlossenen Branchen für durchaus zweckmäßig, allerdings müßten die Kommissionen auch arbeiten. Das werde am besten durch Freistellung von Kollegen erreicht.

**Weder:** Die Zentralkommissionen haben kein Recht, in die Lohnbewegung einzugreifen, anders, wenn sie hierzu vom Hauptvorstand autorisiert sind. Von einer Anstellung von Zentralkommissionsleitern kann keine Rede sein.

**Mayer-Fürth** wünscht die Einberufung einer Leistenarbeiter- und Vergolderkongressen. **Silberhardt-Berlin** stellt fest, daß nur gegen zwei Kommissionen von zwölf bestehenden Klagen laut geworden seien. Man solle das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.

**Schreier-Wiesfeld** gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß der erste sich gegen die Unterrichtskurse richtende Beschluss des Vorstandes durch das Eingreifen der Gauvorssteher und den Ausschuss korrigiert worden ist. Diese Kurse seien notwendig, und sollte der Vorstand recht häufig Beamte zu solchen Kursen senden.

**Lütt-Hamburg:** Wie war denn dieser Beschluss gegen die Unterrichtskurse auch nur möglich? Das sei ein be-

dauerlicher Vorgang. Redner wünscht eine Verbesserung der Kurse, damit bessere Erfolge erzielt werden. Jedenfalls seien die Kurse nötig, um einen leistungsfähigeren Beamtenapparat heranzubilden.

**Köppe-Stuttgart:** Der Beschluss kam hauptsächlich deshalb zustande, weil die Ausbildung der Kurse nicht ausreichend sei und weil nur Beamte geschickt werden sollten. Wir halten für zweckmäßiger, die Beamten mehrere Wochen auf das Verbandsbureau zu nehmen, um sie mit den Verwaltungsgeschäften vertraut zu machen. Die Kurse hätten sich nicht bewährt.

**Leipart:** Es sei im Vorstand nicht als Bedingung gestellt worden, nur Beamte zu den Kursen zu schicken. Wir versprechen uns allerdings nur einen Erfolg des Beschlusses der Kurse, wenn wir Beamte zu den Kursen sandten. Schon weil die Kurse auf die Beamten besonders zugeschnitten sind, und weil wir ein größeres Interesse daran haben, die beamteten Kollegen vor allen Dingen auszubilden, die ihre auf den Kursen gewonnenen Fähigkeiten besser dem Verbands zugute kommen lassen können, als die nichtangestellten Kollegen, empfehlen wir, zunächst Beamte zu den Kursen zu senden. Immerhin waren wir bereit, auch nichtangestellte Kollegen zu senden, und wir haben solche auch gesandt. Ich bitte den Verbandstag um eine Anweisung, die Kurse auch künftig zu beschicken.

Der Bericht der Redaktion und der Preßkommission liegt dem Verbandstag gedruckt vor. In den kurzen Ausführungen, die der

**Kollege Deinhardt** als Redakteur an den gedruckten Bericht knüpft, weist derselbe darauf hin, daß die Berichtserstattung bei Lohnbewegungen seitens der Sozialverwaltungen trotz aller Mahnungen noch eine sehr mangelhafte sei. So ist von der kürzlich stattgefundenen Werftarbeiterausperrung, an welcher sechs bis acht größere Zahlstellen unseres Verbandes beteiligt waren, von keiner Seite ein Bericht eingekickt worden. Was das Fachblatt für Holzarbeiter anbelangt, welches jetzt im dritten Jahrgang erscheint, so hat dasselbe lange nicht die Verbreitung gefunden, wie man vor Gründung desselben nach den allseitig geäußerten Wünschen erwarten durfte. Das sei wohl zum Teil auch mit darauf zurückzuführen, daß noch viele Lokalverwaltungen dem Unternehmen ein zu geringes Interesse entgegenbringen. Der Vertrieb des Fachblattes müsse in allen Zahlstellen in geeignete Hände gelegt werden und es müsse seitens der Zahlstellenleitungen unbedingt für größere Verbreitung desselben gesorgt werden.

Die zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellten Anträge werden mit zur Diskussion gebracht.

**Schöpler-Bremen** und **Momborg-Hamburg** weisen den Vorwurf Deinhardts betreffs der mangelnden Berichtserstattung bei der Werftarbeiterbewegung mit der Begründung zurück, daß die Sozialverwaltungen über den Verlauf der Bewegung im einzelnen und im allgemeinen nicht genau genug informiert waren. Nach Ansicht dieser Redner hätte es Aufgabe des Gauvorstandes sein müssen, einen Bericht an die Zeitung einzufinden.

Beschwerden wegen Nichtaufnahme von eingekickten Artikeln werden nur in einem Falle vorgebracht.

Von mehreren Rednern wird Schreibweise und Schriftleitung der Holzarbeiterzeitung lobend besprochen. Auch über den Inhalt und die Ausstattung des Fachblattes äußern sich mehrere Redner anerkennend. Kritisiert wird hingegen, daß die Holzarbeiterzeitung bei der diesjährigen Maisfeier einen Festartikel, der Bedeutung des Tages entsprechend, erst in der auf den 2. Mai datierten Nummer gebracht hat.

**Kollege Deinhardt** erwidert darauf, daß nach Lage der Dinge die Zeitung in ihrer Nummer vom 25. April bringend eine Besprechung der eben abgeschlossenen großen Tarifbewegung vornehmen mußte und dies nur bei der besonderen Bedeutung der Angelegenheit für unsere Organisation an hervorragender Stelle der Zeitung tun konnte. Übrigens haben auch andere Gewerkschaftsblätter ihren Material zu demselben Zeitpunkt veröffentlicht.

Es werden noch einige Wünsche geäußert auf umfangreicher Redaktions- und Ausstattung der Zeitung. Angenommen wird ein Antrag, die Publizierung der gesperrten Orte und Betriebe stets am Kopf der dritten Seite der Zeitung vorzunehmen.

Beschlossen wird ferner, an der Stelle der Zeitung, wo die Bekanntmachungen des Vorstandes erfolgen, stets anzugeben, welcher Wochenbeitrag fällig ist. Ein Antrag, welcher wünscht, daß in regelmäßigen Zwischenräumen in der Holzarbeiterzeitung eine kurze Übersicht über die gesamte Lage der Holzindustrie in Form einer Rundschau zu geben sei, wird der Redaktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Eine umfangreichere Ausgestaltung der Holzarbeiterzeitung wird abgelehnt. Bezüglich der Ausstattung des Fachblattes für Holzarbeiter wird der Wunsch ausgesprochen, in Zukunft mehr geometrische Zeichnungen zu bringen. Diesem Wunsch soll nach Möglichkeit entsprochen werden.

Im Anschluß hieran kam Punkt 7 der Tagesordnung, „der Gewerkschaftskongress in Hamburg“, zur Verhandlung. In der Debatte wird in der Hauptsache das heikle Kapitel der Grenzstreitigkeiten erörtert. Es wird ein Antrag **Elberfeld** angenommen: „Auf dem Gewerkschaftskongress in Hamburg dahin zu wirken, daß der modernen Genossenschaftsbewegung größere Beachtung geschenkt wird.“ Ferner ein Antrag **Bremerhaven:** „An den nächsten Gewerkschaftskongress einen Antrag zu stellen, wonach die Übertritte innerhalb der deutschen Gewerkschaften mientgelich sind, und auch eine einheitliche Anrechnung der bis dahin gezahlten Beiträge stattfindet.“

Hierauf folgte in geschlossener Sitzung die Verhandlung über Punkt 5 der Tagesordnung: „Die Tarifverhandlungen mit dem Arbeiterschutzbund“.

Das Referat des Kollegen **Gustav Weder** beschäftigte sich einleitend mit der Entwicklung der Tarifbewegung im allgemeinen und mit der Stellungnahme der deutschen Gewerkschaften hierzu. Dann ging er auf die speziellen Verhältnisse der Holzindustrie ein und gab zunächst einen Überblick über die letzte Tarifbewegung, um dann die Möglichkeit eines Reichstarifvertrages zu erörtern. Als Zusammenfassung seines vierstündigen Referats legte er dem Verbandstage folgende Entschliessung vor: Der 7. ordentliche Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes erneuert hinsichtlich der Stellung zu den Tarifverträgen die Beschlüsse

des Verbandstages vom Jahre 1900. In dem erfolgten Abschluß einer großen Zahl solcher Verträge in der Holzindustrie erblickt der Verbandstag die Anerkennung des starken Einflusses des Holzarbeiterverbandes. Die Tarifverträge sind dazu angetan, dem Verbands eine weitere innere Festigung zu verleihen und sind ein wesentliches Hilfsmittel in dem Streben der Verbandsmitglieder, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern und auf einer bestimmten Höhe zu erhalten. Die Tarifverträge können aber nur dann von dauerndem Bestand sein und sichern nur dann einen vorläufigen Frieden im Gewerbe, wenn sowohl von den Arbeitgebern als von den Arbeitern der ernste Wille an den Tag gelegt wird, jeden abgeschlossenen Vertrag unter allen Umständen auch zu halten. Der vorjährige Vertragsbruch des Arbeiterschutzbundes in Kiel und Burg während der Berliner Aussperrung hat diesen ersten Willen bei den Arbeitgebern leider vermissen lassen. Für den Abschluß eines Reichstarifvertrages, welcher die logische Konsequenz der jetzigen Tarifverträge in ihrer weiteren Entwicklung sein wird, hält der Verbandstag die Zeit für noch nicht gekommen. Dazu sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der deutschen Holzindustrie vielfach noch zu ungünstig, vor allem aber zu unterschiedlich. Der Abschluß eines Reichstarifvertrages unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde eine Gefahr für die gesunde Entwicklung der Tarifgemeinschaft in der Holzindustrie bedeuten, da den Arbeitgebern noch nicht das Vertrauen geschenkt werden kann, daß sie ernstlich gewillt wären, auf dem Wege eines solchen einheitlichen Tarifvertrages den Holzarbeitern in allen Städten des Reiches einen auskömmlichen Lohn und eine angemessene kurze Arbeitszeit zu gewähren. Statt dessen empfiehlt der Verbandstag dem Vorstand die Förderung des Abschlusses von drei- bis vierjährigen Tarifverträgen für die einzelne Stadt, resp. für den einzelnen Bezirk. Von Verträgen mit kürzerer Vertragsdauer ist in der Regel abzuziehen.

Der Korreferent **Neumann-Hamburg** stellt sich ebenfalls auf den Boden der Nürnberger Resolution, auf deren Grundlage die volle organisatorische Macht zum Zwecke der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Berufscollegen mit bestmöglichem Erfolg zur Geltung gebracht werden konnte. Er sieht die den Grundfäden des Verbandes am meisten entsprechende Form der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Ortsverträgen. Die Vervollkommnung und der Ausbau der Tarifverträge soll insbesondere dadurch erfolgen, daß über die wichtigsten Vertragspunkte einheitliche Grundsätze mit der Unternehmerorganisation angestrebt werden und die einzelnen Ortsverträge inhaltlich möglichst vereinheitlicht werden. Alsdann könnte die Ausdehnung der letzteren auf größere Gebiete oder Industriebezirke als nächstes Ziel ins Auge gefaßt werden. Das Bestreben der Unternehmer, für die bestehenden Ortsverträge einen einheitlichen Ablauftermin festzusetzen, sei entschieden abzulehnen, ebenso der sogenannte Reichstarifvertrag. Der Korreferent empfiehlt ferner, für die zukünftige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse Verhandlungen auf örtlicher Grundlage vorzutreten und es den Mitgliedern der einzelnen Orte freizustellen, ob sie sich an solchen Verhandlungen, die seitens der Zentralvorstände für mehrere Orte zugleich veranstaltet werden, beteiligen wollen oder nicht. Etwaige Maßnahmen der Unternehmer, die Mitglieder zur Teilnahme an allgemeinen Verhandlungen zu zwingen, seien zurückzuweisen. Bei dem ferneren Abschluß von Verträgen soll an der dreijährigen Vertragsdauer festgehalten und der gleiche Ablauftermin, wie er für die in diesem Frühjahr abgeschlossenen Verträge vereinbart ist, abgelehnt werden.

In der Diskussion legt **Schäfer-Wiesbaden** die Situation in Frankfurt und ihre Auswirkung auf Wiesbaden dar.

**Erner-Berlin:** Der gleiche Vertragsablauf muß bei allen Mitteln abgewehrt werden. Schon jetzt hindert er den weiteren Fortschritt der Organisationen im Baugewerbe. Der Reichstarif wird gerade für die in Löhnen und Arbeitszeiten zurückgebliebenen Orte verderblich sein. (Sehr wahr!)

**Buse-Göttingen** schildert die Tarifverhandlungen in Göttingen, den vorausgegangenen unglücklichen Kampf, den Verrat der „Christen“ und die Vertragsuntreue des Unternehmertums. Gleich den Vorrednern schließt er sich dem Korreferenten an.

**Hartung-Düsseldorf:** Kollege Neumann hat in seinem Referat die Unternehmerorganisationen ausschließlich nach der Hamburger Erfahrungen geschildert. Bei uns sind die Arbeitgeber viel besser organisiert, und den Christlichen kommt es gar nicht darauf an, was im Vertrag steht, wenn überhaupt nur ein Vertrag abgeschlossen wird. Wären wenigstens unsere Organisationen überall so stark wie in Hamburg, so könnten wir die Neumannsche Taktik verfolgen. So aber müssen wir auf dem betretenen Wege fortsetzen. Ich fürchte den gleichen Vertragsablauf nicht, auch im Kampfe auf der ganzen Linie wird der opferwilligere Teil siegen.

**Leopold-Berlin:** Wir haben mit der Umwandlung unserer Kampfstatistik ein völlig neues Gebiet für die Gewerkschaftsbewegung betreten. Nur die Buchdrucker sind schon vor uns auf diesem Wege gegangen, aber die sind ja der übrigen Gewerkschaftsbewegung in ihrer Organisation weit voraus. Der Reichstarif wird einst auch kommen, aber noch sind die Organisationen der neuen Kampfstatistik nicht gewachsen. Deshalb fürchte ich, daß der Vorstand in der Frage des gleichmäßigen Vertragsablaufs dem Schutzbund schon zu weit entgegengekommen ist. Wenn später diese großen Kämpfe ganzer Gewerkschaften häufiger geworden sind, werden die Gewerkschaftsvorstände sich über gegenseitige Unterstützung verständigen. Einstweilen aber müssen wir den Vorstand festlegen, daß er nicht übereilt einen Vertrag mit einheitlichem Schlußtermin abschließt. (Beifall.)

**Krumbach-Elberfeld** empfiehlt dem Vorstand mehr Mißtrauen gegen die Vertragstreue des Unternehmertums. Elberfeld habe von dem diesjährigen Abschluß in Leipzig nur Nachteile gehabt.

**Kaith-München:** Als Ganzes ist die Resolution Neumann unannehmbar. Sie fordert, daß jede Zahlstelle sich selbst entscheiden kann, ob sie an gemeinsamen Vertragsabschlüssen teilnehmen will. Das heißt die Demoralisation in den Verband tragen. (Sehr wahr!) Wo wären wir heute, wenn wir die Verträge nicht abgeschlossen hätten? Dann würden wir heute vor der Gefahr eines Debacle

sehen. Denken Sie an das Schicksal der Berliner Bauarbeiter! Und wir haben uns fein aus der Gefahr herausgeritten. Inmitten einer sehr ungünstigen Konjunktur war es geradezu ein Bombenerfolg. Gewiß sind die Tarife noch nicht der Weg zur ewigen Glückseligkeit, aber große, dauernde Fortschritte haben sie gerade uns in München gebracht. Und 1910 oder 1911? Ob man uns 1910 köpft oder 1911 hängt, soll uns gleich sein. Aber die Unternehmer hängen auch keinen, bevor sie ihn haben. (Heiterkeit und Beifall.)

Schirmer-Fürth tritt für die konsequente Fortführung der Tarifpolitik ein.

Locke-Berlin: Mit dem, was bisher geschehen ist, sind wir ja alle rückhaltlos einverstanden. Aber wie nun weiter? Nicht aus Wohlwollen, Gerechtigkeit und Vernunft haben bisher die Unternehmer mit uns Tarife abgeschlossen, sondern nur aus brutalem Arbeiterhaß und dem Wunsche nach Frieden. Niemals hatten sie Macht und Wohlwollen genug, die Verträge zu halten. Solange unser Gegenkontrahent nicht zur Ehrlichkeit und Charakterfestigkeit erzogen ist, können wir an einen Reichstarif nicht denken.

Salzbrunn-Urdingen wünscht im Interesse der Waggonfabriken Fortführung der Tarifpolitik, aber nur unter Wahrung der Selbstständigkeit der Zitate.

Freudenthal-Hamburg vertritt die besonderen Wünsche der Korbmacher, die bei ihrer schlechten Lage noch häufige Kämpfe führen müßten. Zur Reichstariffrage hält er eine Vermittlung zwischen den Resolutionen Becker und Neumann für durchaus möglich.

Häse-Hamburg billigt prinzipiell die Tarifabschlüsse, sieht aber im Reichstarif eine Gefahr, solange die Organisation nicht noch stärker geworden sei und die Unternehmer Garantien für die Durchführung der Verträge gäben.

Dammer-Hamburg legt die Schädigung der Schiffszimmerer und Modellstecher auf Werften durch die Vertragsabschlüsse dar und tritt für die Einschränkung der Rechte des Vorstandes ein.

Bauer-Magdeburg beruft sich auf den Willen der Mitglieder, die eine weitere Ausdehnung der Einheitsstarife und eine weitere Einschränkung ihrer eigenen Mitbestimmungsrechte nicht wollten. Die Agitationskraft des Verbandes sei durch den Tarifabschluß in Gefahr.

Gericke-Leipzig: Neumanns Korreferat war glänzend, aber allen praktischen Verhältnissen fern. Könnten wir denn in den letzten zwei Jahren anders handeln? (Sehr gut!) Wir haben auf dem vom Vorstand eingeschlagenen Wege größere Erfolge erzielt, als wir auf irgend einem anderen Wege hätten erreichen können. Alles drängt zur Zentralisation. Das Unternehmertum ist viel einiger, als Neumann glaubt. Noch verstehen unsere Mitglieder die neue Taktik nicht recht, aber noch ehe der Reichstarif reif ist, wird sich auch in den Köpfen der Mitglieder der Wandel vollzogen haben.

Hierauf wird zur Abfassung einer einheitlichen Resolution eine Kommission aus den beiden Referenten und Gerner-Berlin, Rath-München und Gericke-Leipzig gewählt.

Werner-Frankfurt a. M.: Die neue Taktik der Tarifverträge ist notwendig. Aber gleichwohl bin ich der Meinung, daß der Vorstand dem Arbeitgeberverband zu weit entgegengekommen ist. Er darf die Kollegen an den einzelnen Orten nicht in ihren Lohnkämpfen binden.

Gernoth-Mannheim: Früher waren die Kollegen der Zahlstellen allerdings freier in ihren Entschlüssen, aber jetzt sind unsere Kämpfe erfolgreicher. Monatslöhne haben wir früher um kleine Vorteile im Kampf stehen müssen und immer wieder um dieselben Forderungen gestreift. Wie wichtig ist jetzt die Regelung des Arbeitsnachweises in den Tarifverträgen! Wer sich gegen den Reichstarif auf die Buchdrucker bezieht, kennt ihre Geschichte nicht. Auch der letzte Tarifabschluß des Buchdruckerverbandes war für die Gewerkschaftsorganisation ein großer Erfolg. (Beifall und Widerspruch.)

Leipart: Das Korreferat Neumanns war rednerisch gewiß eine ausgezeichnete Leistung. Aber es hat absichtlich immer nur die eine Seite gesehen, er hat, es ist etwas scharf, er hat... demagogisch gesprochen. Ich will zunächst fest, daß der Vorstand in der Tat... gekommen einheitlich und einmütig gehandelt hat. Er hat aber nicht frei gehandelt, er war in der Zwangslage einer geschäftlichen und gewerkschaftlichen Situation, die er nicht geschaffen hatte. Wir hatten die Zeit des Kampfes nicht gewählt, nicht Umfang und Art der Verhandlungen ausgewählt. Wenn nun Neumann fordert, daß kein weiterer gleicher Ablauftermin für einen Ortsvertrag akzeptiert werde, so heißt das, daß wir einen Kampf mit den Unternehmern jederzeit führen müssen, auch unter den denkbar schlechtesten Bedingungen. Das könnte zu sehr schweren Niederlagen führen, ich erinnere an die verheerende Taktik der Berliner Bauarbeiter. Wir haben mit unserer Taktik überall Lohnverhöhung und Arbeitszeitverkürzung errungen und haben den gleichen Tarifablaufstermin abgewehrt. Wir werden auch in Zukunft stets alles verlangen, was wir durchsetzen können. Neumann bestritt allerdings dem Unternehmertum die Vertragsfähigkeit, weil es noch zu schwach organisiert sei. Das würde doch auch ein Hindernis für die Ortsstarife sein. Aber Neumann mag sich beruhigen; bis wir einmal zum Reichstarif kommen, wird das Unternehmertum auch zentral sehr gut organisiert sein. Es wird bei uns schwerlich wie bei den Buchdruckern 50 Jahre dauern, bis die Unternehmer zur Vertragsfähigkeit und Vertragstreue erzogen sind. Das erstrebenswerte Ziel war es doch für unseren Verband stets, die Arbeitsbedingungen friedlicher festzusetzen und den Streit möglichst zu vermeiden, darum dürfen wir ruhig aussprechen, daß auch wir in dem Reichstarif ein Ziel erblicken, wenn auch die Zeit dafür noch nicht gekommen ist. Von einem Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder beim Abschluß von Verträgen war noch nicht die Rede, solange der Verband besteht. In allen Lohnbewegungen war der Vorstand stets die entscheidende Instanz. Es ist also grundverfehrt, zu behaupten, daß das Entscheidende in dieser Frage der Zweifel darüber ist, ob die Mitglieder ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben wollen oder nicht. Wir werden den Schritt nicht zurücktreten, die einheitliche Oberleitung zu vernichten. (Beifall. Zuruf: Mitbestimmungsrecht der Mitglieder!) Das haben wir nie angetastet. Gerade bei weitläufigen Tarifverträgen über mehrere Orte kann das Mitbestimmungsrecht der Verbandsmitglieder um so sorgfältiger geachtet werden, als die

Gefahr plötzlicher Streiks nicht so groß ist. Haben wir nicht bisher vor Abschluß der Verträge in jeder einzelnen Zahlstelle die Mitglieder befragt? Haben wir nicht vor Einleitung aller Verhandlungen stets die Gauvorsteher zusammengerufen und ihren Rat gehört? Erwecke man unter den Mitgliedern des Verbandes nicht Hoffnungen und Befürchtungen, an die niemand glaubt! Vielleicht haben die Redner recht, die gesagt haben, ohne Reichstarif hätten die Buchdrucker in vielen Städten den Nachmittagsabend längst. Aber dann hätten sie auch nicht alle die schlechtorganisierten zurückgebliebenen Orte mitgeschleppt und in die Höhe gebracht. Und auch wir können die schlechten Städte noch weiter hinaufführen! Wenn Sie das alles bedenken, pflichtgetreu die Situation prüfen und sich nicht von schönen Worten berauschen lassen, an denen sich die Dinge so hart stoßen, dann werden Sie dem Vorstandsvorstand nicht einen anderen Weg vorschreiben wollen. (Beifall.)

Klement-Gesfeld: Die Bewegung am einzelnen Orte hat viel mehr Agitationsmaterial. Jetzt werden die Mitglieder, die kein Selbstbestimmungsrecht mehr haben, uninteressiert und lau. Ständen alle großen Gewerkschaften heute schon auf dem Standpunkt des Buchdruckerverbandes, so wäre der Klassenkampf geschwächt und die politische Bewegung verlore die Kraft. Dann würden wir die Christlichen nicht mehr gewinnen können, und im Parlament verliören wir in der Sozialreform, was wir vielleicht an kleinen materiellen Vorteilen im Reichstarif gewinnen.

Ein Schlussantrag wird mit kleiner Mehrheit angenommen. Das Schlusswort erhält der Referent

Gustav Becker: Bei der Entscheidung um diese Frage handelt es sich um ungezählte Millionen. Das weitere Gedeihen des Gesamtverbandes steht auf dem Spiele. Ich bedaure daher, daß man die Verhandlungen jetzt schon abgebrochen hat, ohne daß die Frage genügend geklärt ist. (Beifall.) Ich stelle zunächst fest, daß wir den Unternehmern keinerlei Versprechungen über unsere künftige Zustimmung zu einem gleichen Abschlußtermin gemacht haben. Die gegenteilige Behauptung der Fachzeitung ist falsch. Ich stelle weiter fest, daß wir darin vollkommen einig sind, den Reichstarif zurzeit mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen, solange es geht und solange nicht alle Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Einig aber sind wir uns auch darüber, daß der Reichstarif kommt. Kollege Neumann gibt das zu, sagt aber doch: Nein, das gibt es nicht! Wo steckt in diesem Kampf gegen das Notwendige die Logik? Auch wir trauen den Unternehmern nicht über den Weg, auch wir unterschätzen nicht seine Macht und seine Ehrlichkeit, aber wir wollen uns nicht zwingen lassen, den günstigen Zeitpunkt für einen Reichstarif zu verpassen. Man warnt uns vor ihrer Hinterhältigkeit, die uns nur durch Tarifverträge hinterrücks vernichten will. Aber mit den Unternehmern an Orte, die vielfach noch schlimmere Schicksal gemacht sind, billigt auch Neumann den Tarifabschluß. Die Unternehmer sind allerdings nicht immer treu; aber einzelne Vertragsbrüche kommen auch bei uns vor. Ich wiederhole, daß auch wir den Reichstarif nicht wollen. Aber geben Sie uns vor allem die Kraft, den Reichstarif abzuwehren, mag die Lage sein, wie sie will. Stärken Sie unsere Organisation numerisch und finanziell, so wie wir es wünschen, dann werden wir auch die schweren Kämpfe, denen wir entgegengehen, glänzend überwinden. (Lebhafter Beifall.)

Korreferent Neumann: Man hat sich große Mühe gegeben nachzuweisen, daß es nicht so ist, wie ich es gesagt habe, und daß es nicht so geht, wie ich es will. Wo ist die Macht, die den Reichstarif abwehrt, hat man mich gefragt. Borerst müssen wir ein Prinzip haben, ob es heute durchführbar ist oder nicht. Auch die Partei hat heute noch nicht die Macht, die sie berechnen würde, die zukünftige Gesellschaftsordnung zu fordern. Gines muß nach diesem Verbandstag wenigstens aufhören: die ewigen Liebeserklärungen des Vorstandsvorstandes an die Idee des Reichstarifes. Man sagt unaufhörlich, er müsse das Resultat der logischen Entwicklung sein. (Zuruf: So ist es auch!) Du darfst die Logik (Rechtspolitik) über die logische Entwicklung der Tarifpolitik nicht stellen, noch nicht einmal. Du darfst nicht sagen, es geht nicht zum Reichstarif; du darfst nicht sagen, die Unternehmern nicht auf die Dauer die Bevormundung der Zentralisation gefallen. Denn das ist einmal Tatsache, daß durch den Reichstarif die Selbstständigkeit der Mitglieder vernichtet wird. Sehen sie sich nur einmal die Empörung der Buchdrucker auf dem jetzigen Verbandstag an, daß die Organisation ihnen keine Möglichkeit gibt, gegen das anzukämpfen, was sie als schädigend empfinden. Es ist kein Zufall, daß die innere Festigung des Verbandes nicht gleichen Schritt hält mit der Ausbreitung des Verbandes, daß er mehr in die Breite als in die Tiefe gewachsen ist. Daher kommt der überall herrschende scharfe Gegensatz zwischen Verbandsfunktionären und Mitgliedern. Die Beamten kommen zu der Auffassung, daß die Mitglieder doch nicht unterscheiden können zwischen Gut und Böse und daß ein Reichstarif dem ganzen „Gequatsche“ ein Ende machen könne. (Zurufe: Unerbittlich! — Unruhe.) Wir wissen, daß unsere fortwährende Opposition die Arbeitsfreudigkeit erschwert. Aber wir können dieser Umkehr der Verhältnisse nicht zustimmen, ehe der Verbandstag gesprochen hat. Ohne die Mitglieder hätte der Vorstand schon jetzt den gleichen Ablauftermin beschlossen. (Widerspruch.) Wir aber wollen, solange unsere Kräfte irgend reichen, den Einheitsstarif abwehren. Nur gezwungen kommen wir ihm auch nur den kleinsten Schritt entgegen. So hoffen wir wieder ein besseres, freundlicheres, gedeichlicheres Zusammenarbeiten aller Mitglieder zu erreichen.

Robert Schmidt erstattet den Bericht der Revisionskommission. Die Kommission hat nach ihrer Einsicht in die Bücher festgestellt, daß Kasse und Bücher sich in guter Ordnung befinden. Die Kommission hat sich auch wieder mit den Gehältern der Beamten beschäftigt; sie ist der Meinung, daß an den Gehaltsverhältnissen nichts verändert werden soll. Nur soll das Gehalt des ersten Vorsitzenden im Rahmen des bestehenden Gehaltsregulativs um zwei Jahresraten schneller vorrücken. Ein Gehalt der Hilfsarbeiter auf Gleichstellung dieser Beamten mit den Gauvorstehern ersucht die Kommission abzulehnen. Hauptsächlich könne der nächste Verbandstag hier eine Besserung schaffen, indem er das Gehalt der Hilfsarbeiter etwas aufbessert. Eine weitere Frage war von der Kommission zu entscheiden: Ob die Beamten nicht gegen Unfall zu versichern seien. Die Kom-

mission empfiehlt Ablehnung, weil viele nicht angestellte Kollegen denselben Gefahren ausgesetzt seien wie die Beamten und letztere zudem in der vorläufig genügenden Unterstützungsvereinigung versichert seien. Die Kommission empfiehlt in einer Resolution Anschluß aller Beamten an diese Vereinigung.

Leipart erklärt, auf eine Besserung seines Gehalts zu verzichten. Er tritt dagegen entschieden für eine Besserstellung der Hilfsarbeiter ein.

Schmidt-Braunschweig ist entschieden gegen eine Besserstellung der Hilfsarbeiter. Wir müßten hierbei auf die Stimmung der Mitglieder mehr Rücksicht nehmen. Lieber sollte man die Lage der Lokalbeamten bessern. Gorgas-Magdeburg ist gegen den Antrag der Hilfsarbeiter auch aus finanziellen Gründen. Es spricht noch im gleichen Sinne Rumbach-Eberfeld.

Die Anträge der Revisionskommission werden alle angenommen, auch die Resolution betreffs Versicherung der Beamten in der Unterstützungsvereinigung.

Für die Beschränkung der Kommission berichtet

Uhlmeyer-Bremen. Der Ausschluß des Kollegen Schneider in Eberfeld wird auf Antrag der Kommission aufrechterhalten, ebenfalls der Ausschluß des Kollegen Schöor-München und Dittmann-Greifenhagen. In der gleichen Weise wird eine Beschwerde der Zahlstelle Halberstadt auf Erlass von Streitschulden insolge zu unrecht gezahlter Familienunterstützung erledigt. Für einen 1/2 Jahre zurückliegenden Fall von Maßregelung in Frankfurt a. M. wird nachträglich eine Unterstützung von 30 Mk. gewährt. In einem anderen Maßregelungsfall aus derselben Zahlstelle wird der Beschwerde der Verwaltung stattgegeben. Abgelehnt wird ein Antrag der Zahlstelle Hannover respektive Bremerhaven auf Rückzahlung von zu unrecht gezahlter Streik- respektive Krankenunterstützung an die betreffenden Lokalkassen, ebenfalls Beschwerden eines Oldenburger Kollegen und der Postföcker Verwaltung der Zahlstellen Helmstedt und Verburg.

Es folgt Statutenberatung. Rich. Leopold-Berlin berichtet namens der Kommission. Angenommen wurden unter anderem die Vorstandsanträge zu den §§ 7 und 8.

Über die Frage der Einführung von Klassenbeiträgen entspinnt sich eine längere Debatte. Die Kommission empfiehlt Ablehnung der Einführung solcher Beiträge. Der Vorstand soll die Frage prüfen und darüber an den nächsten Verbandstag berichten.

Lütz-Hamburg versteht nicht, wie die Kommission im Prinzip gegen Klassenbeiträge sein kann. Die große Zahl der diese Beiträge fordernden Anträgen beweise doch das Bedürfnis nach Einführung solcher Beiträge. Redner ist für Prüfung der Frage. 8 Beitragsklassen würden genügen. Freudenthal-Hamburg ist aus praktischen Gründen Gegner der Klassenbeiträge. Er empfiehlt die Vornahme einer Enquete. Gegen Staffelleistungen sprechen noch Siefeld, Schönenberger und Bremer, dafür Rehbach.

Leipart wendet sich entschieden gegen Staffellung der Beiträge. Der Verbandstag täte noch dieser Debatte auch besser, die ganze Frage ablehnend zu beschließen. Wir sollten in dieser Frage keine Hoffnungen erwecken, die sich später nicht realisieren lassen. Redner geht auf die Hindernisse des näheren ein, die der Staffellung entgegenstehen. Im Sinne seiner Ausführungen lediglich empfiehlt er Annahme des Antrages der Kommission.

Es wird im Sinne des Kommissionsantrages beschlossen. Dagegen wird beschlossen, daß in Ausnahmefällen eine Staffellung der Lokaltbeiträge durchgeführt werden kann.

Angenommen wird ferner der Antrag: „Zahlstellen, welche aus Lokaltbeiträgen zu den Unterstützungen aus der Hauptkasse Zuschüsse gewähren, haben zureichenden Kollegen, die in anderen Zahlstellen zu dem gleichen Zwecke Lokaltbeiträge geleistet haben, diese bei der Unterstützung zur Erfüllung der örtlichen Karenzzeit in Anrechnung zu bringen. Differiert die Höhe der Lokaltbeiträge, so sind diese entsprechend umzurechnen.“

Für diesen Verbandstag betragen die Diäten wie auf dem früheren Verbandstag 12 Mk. pro Tag.

Der Antrag des Referenten zu § 11 des Statuts wird in modifizierter Form angenommen. Dagegen wird der Vorstandsantrag zu § 12 unverändert zum Beschluß erhoben; ebenfalls die Vorstandsanträge zu § 13 und 14 und ein Antrag Leipzig, in § 15, 44 und 56 zu fügen „Mitgliedschaftsdauer und Beitragsleistung“.

Beschlossen wird gegen zwei Stimmen, jede Erhöhung der Unterstützung zu unterlassen.

Ein Antrag zu § 19, die Worte „zum Zwecke des Arbeitsuchens“ zu streichen, wird angenommen; ebenfalls der Antrag, dem § 19 folgenden Absatz einzuschalten: „Befinden sich die Kollegen in einer dieser angeführten Städte in einer Lohnbewegung, so kommt daselbst während der Dauer der Lohnbewegung die Aufenthaltunterstützung in Wegfall.“

Angenommen werden ferner auch die Vorstandsanträge zu § 22 und 34; ein Antrag Berlin zu § 38, diesem Paragraphen als neuen Absatz hinter b. einzufügen: „krank und dadurch erwerbsunfähig sind“; ein Antrag des Vorstandes zu § 56, den dritten Absatz wie folgt zu ändern: „Werden verheiratete Mitglieder durch einen Streit, eine Aussperrung oder Maßregelung genötigt, den Ort zu verlassen, so entscheidet ufm.“; ein Antrag Frankfurt a. M. zu § 72, diesem Paragraphen folgenden Absatz anzufügen: „Innerhalb eines abgeschlossenen Arbeitsgebietes ist nur eine Zahlstelle zulässig“; die Vorstandsanträge zu §§ 78 und 76 mit einem Antrag Berlin, in Zahlstellen mit über 5000 Mitgliedern kann die Generalversammlung aus Delegierten zusammengelegt werden; den Antrag 178 Berlin zu § 74.

Zu dem Vorstandsantrag zu § 77, den Lokalteil an dem Verbandsbeitrag um die Hälfte zu kürzen, entspinnt sich eine lebhafte Debatte. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag mit 116 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Angenommen wird ein zweiter Antrag des Vorstandes zu § 77: „Die zu den regelmäßigen Ausgaben am Orte nicht benötigten Gelder aus den Verbandseinnahmen müssen monatlich an die Hauptkasse eingeleistet werden. Vierteljährlich hat jede Zahlstelle über alle Einnahmen und Ausgaben eine von den Revisoren geprüfte Abrechnung an die Hauptkasse zu liefern.“ In dringenden Fällen sind die Lokalkassen verpflichtet, ihre verfügbaren Gelder dem Hauptvorstand leihweise und unverzinslich zur Verfügung zu stellen. Die Wahl der Gauleiter soll regelmäßig durch den Verbandstag erfolgen.

Eine längere Debatte ruft der Antrag auf Sitzverlegung von Stuttgart nach Berlin hervor. Die Verlegung wird in namentlicher Abstimmung mit 102 gegen 46 Stimmen angenommen. Der Sitz der Pressekommision wird ebenfalls nach Berlin verlegt.

Beschlossen wird noch, über die an die Hauptkasse eingesandten Gelder künftig am Schlusse jeden Monats in der Zeitung zu berichten.

Wer länger als zwei Wochen in einer anderen Zahlstelle Montagetage verrichtet, muß an diesen Orten seine Beiträge entrichten.

Nach Beendigung der Statutenberatung legt die zu dem Zweck gewählte Redaktionskommission folgende Resolution zur Tarifrfrage vor, welche gegen 6 Stimmen angenommen wird:

„Der siebente ordentliche Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes erneuert hinsichtlich der Stellung zu den Tarifverträgen die Beschlüsse des Verbandstages vom Jahre 1900.

In dem erfolgten Abschluß einer großen Zahl solcher Verträge in der Holzindustrie erblickt der Verbandstag die Anerkennung des starken Einflusses des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Die Tarifverträge sind dazu angetan, dem Verband eine weitere innere Festigung zu verleihen, und sind ein wesentliches Hilfsmittel in dem Streben der Verbandsmitglieder, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern und auf einer bestimmten Höhe zu erhalten.

Die Tarifverträge können aber nur dann von dauerndem Bestand sein und sichern nur dann einen vorläufigen Frieden im Gewerbe, wenn sowohl von den Arbeitgebern als von den Arbeitern der ernste Wille an den Tag gelegt wird, jeden abgeschlossenen Vertrag unter allen Umständen auch zu halten.

Für den Abschluß eines Reichstarifvertrages, sowie für den gleichzeitigen Ablaufstermin aller Ortsverträge hält der Verbandstag die Zeit noch nicht für gekommen. Dazu sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der deutschen Holzindustrie vielfach noch zu ungünstig, vor allem aber zu unterschiedlich. Der Abschluß eines Reichstarifvertrages unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde eine Gefahr für die gesunde Entwicklung der Tarifgemeinschaft in der Holzindustrie bedeuten, da den Arbeitgebern noch nicht das Vertrauen geschenkt werden kann, daß sie ernstlich gewillt wären, auf dem Wege eines solchen einheitlichen Tarifvertrages den Holzarbeitern in allen Städten des Reiches einen auskömmlichen Lohn und eine angemessene kurze Arbeitszeit zu gewähren. Auch der Vertragsbruch des Arbeitgeberverbands in Burg und Kiel während der Berliner Aussperrung hat den ersten Willen der Arbeitgeber zur Einhaltung von Verträgen leider vermissen lassen und außerdem fehlt der Organisation der Unternehmer nach ihrer ganzen Beschaffenheit der Einfluß und die Macht, um die Anerkennung und Einhaltung eines solchen Vertrages in allen Orten durchzusetzen.

Statt dessen empfiehlt der Verbandstag dem Vorstand die Förderung des Abschlusses von Tarifverträgen für die einzelne Stadt respektive den einzelnen Bezirk nach den bisherigen Grundsätzen.

Mit der seitherigen Tätigkeit des Vorstandes auf dem Gebiet der Tarifverhandlungen erklärt der Verbandstag sich einverstanden. Auch das von ihm mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbands vereinbarte „Regulativ für paritätische Arbeitsnachweise“, sowie die „Regeln für die Klasseneinteilung der Städte hinsichtlich der Arbeitszeit“ erkennt der Verbandstag an, lehnt jedoch jede Änderung des Arbeitsnachweisregulativs dahingehend, daß das Obligatorium für die Benützung des Arbeitsnachweises aufgehoben oder eingeschränkt werden soll, entschieden ab. Ohne das Obligatorium verliert der paritätische Arbeitsnachweis jedes Interesse für die Verbandsmitglieder und muß in diesem Falle den Zahlstellen empfohlen werden, die eigenen Arbeitsnachweise des Verbandes zu pflegen und auszubauen.

Den Mitgliedern in allen Zahlstellen legt der Verbandstag die Verpflichtung auf, gerade in Rücksicht auf die Entwicklung der Tarifverträge mit allen Kräften für die Stärkung der Organisation tätig zu sein, damit der Verband den kommenden Ereignissen jederzeit gewappnet gegenübersteht.

Der nächste Verbandstag findet in München statt.

In den Vorstand werden gewählt Leipzig als erster, Schneegäß als zweiter Vorsitzender, Becker als erster, Hermann Wappe-Erfurt als zweiter Sekretär, Fritz König als Hauptkassierer.

Es folgt die Beratung der Anträge betreffs Agitation usw. Erst nach neunhündiger Tagung am Sonnabend findet der Verbandstag um 6 Uhr abends mit einer Schlußrede des Vorsitzenden Kollegen Leipzig und einem dreifachen Hoch auf den Verband, in das die Delegierten begeistert einstimmen, seinen Abschluß.

Soziales.

Ein Antrag auf Gehaltserhöhung für den König von Preußen dürfte den neugewählten Landtag gleich nach seinem Zusammentritt beschäftigen. An der Annahme dieses Antrags ist nicht zu zweifeln, denn seine Berechtigung liegt klar auf der Hand. Jedermann weiß, daß die Lebensmittel stark im Preise gestiegen sind, und auch das Reisen ist, wenn man nicht gerade als ehfamer Handwerksburche durch die Lande zieht, eine recht kostspielige Sache. Die Reise des Königs mit seinem Gefolge nach Korfu soll allein einige hunderttausend Mark verschlungen haben, aber außerdem war der Kaiser in den letzten Wochen noch zum Besuch bei seinem Kollegen in Wien, zur Einweihung der renovierten Hofburg in Graz und außerdem noch an verschiedenen anderen Orten, so daß, wie die Scherpreffe zu berichten wußte, die Rückkehr des Kaisers zum kurzen Aufenthalt in Berlin von der dortigen Bevölkerung als außerordentliches Ereignis festlich gefeiert wurde. Über die Kosten der königlichen Hofhaltung und der Reisen wird natürlich nicht öffentlich Rechnung abgelegt, aber es ist klar, daß die 15 1/2 Millionen Mark, die der preußische Staat alljährlich dem König zahlt, zur Bestreitung der Ausgaben nicht ausreichen. Nun hat ja der König von Preußen noch einige Nebeneinnahmen. Ob seine Tonwarenfabrik in Gdabine schon einen erheblichen Gewinn abwirft, wissen wir allerdings

nicht, aber man darf wohl annehmen, daß aus den 88 Gütern des Königs, die eine Fläche von 98 748 Hektar decken, einige Einnahmen gezogen werden. Die genaue Höhe derselben ist freilich nicht bekannt, doch wird der Ertrag dieser Güter von Sachverständigen um mindestens 1/2 Million Mark jährlich höher geschätzt, als er vor dem Inkrasttreten des neuen Zolltarifs war. Daß aber der König trotz dieser Einnahmen genötigt ist, recht hausväterlich umzugehen, haben wir erst kürzlich erfahren, als durch die ganze bürgerliche Presse die rühmsame Geschichte von der Prinzessin ging, der nicht gestattet werden konnte, die von ihr gewünschten Kleider an ein Kleid nähern zu lassen, weil sie zu teuer waren. Diese Geschichte hat gewiß jedes loyale Gemüt mit tiefer Trauer erfüllt ob der Sparamkeit, die man sich im Königshaus auferlegen muß, um den standesgemäßen Lebensunterhalt zu bestreiten, und so dürften es nur einige unzufriedene Nörgler sein, die dem König von Preußen eine Erhöhung seiner Bezüge um einige Millionen misgönnen.

Ob ihm auch aus der Reichskasse ein größerer Betrag zugewilligt werden soll, ist noch zweifelhaft. Die Behauptung, daß zu diesem Zwecke 10 bis 12 Millionen angefordert werden sollen, hält sich, trotz des offiziellen Dementis, hartnäckig aufrecht. Jedenfalls werden die Nachrichten von der beabsichtigten Aufbesserung der Bezüge des Königs im ganzen Volke mit großer Befriedigung aufgenommen werden. Gerade gegenwärtig, wo sich die Wirkung der hohen Zölle bei dem schlechten Geschäftsgang doppelt fühlbar macht und viele Familien bitter Not zu leiden haben, wird man dem Hofstand am königlichen Hofe allgemein volles Verständnis entgegenbringen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokaltarifs erteilt, und zwar ab 15. Juni: Hannover 50 Pf.; ab 1. Juli: Gamm 15 Pf., Straubing 20 Pf. Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorsitz.

Korrespondenzen.

Ausbach. (Kammacher.) Am Donnerstag, 28. Mai (Zinnelfahrt) fanden sich dahier zirka zwanzig Nürnberger Kammacher ein, um sich gemeinschaftlich mit den hiesigen Kammachern über die Lage der Arbeiter in der Kammachindustrie zu beraten. Kollege Zimmer aus Nürnberg hatte das Referat; er gab dabei ein anschauliches Bild über die allgemeinen Verhältnisse der Kammacher in Deutschland. Vor allem betonte er, daß die Berufscollegen noch sehr schlecht organisiert seien. Von zirka 5000 beschäftigten männlichen Arbeitern seien nur zirka 800 organisiert. Am besten sind noch die Verhältnisse im Gau Berlin und im Gau Nürnberg; in diesen beiden Gauen sind die Kollegen auch verhältnismäßig gut organisiert. Dagegen lassen die Organisationsverhältnisse der Kammacher in den übrigen Gebieten noch recht viel zu wünschen übrig. An alle Gauvorsteher müsse der erste Mahnruf ergehen, ein besonderes Augenmerk auf diesen Beruf zu richten und zu versuchen, hier Wandel zu schaffen. In der Diskussion wurde allgemein erwähnt, daß es notwendig sei, in allen Orten gleichmäßige Bezahlung der einzelnen Artikel und einheitliche Arbeitszeit anzustreben, um dadurch die Schundkonkurrenz soweit als möglich zu beseitigen. Es wurde beschlossen, so bald als möglich eine weitere Zusammenkunft von Delegierten der Kammacher unseres Gaus in Nürnberg abzuhalten, an welcher sich Nürnberg, Erlangen, Ausbach und womöglich Weissenburg i. W. beteiligen sollen. Jede einzelne Sparte der Kammachindustrie solle einen Vertrauensmann zu dieser Zusammenkunft entsenden, welcher vor allem über sämtliche bezahlten Preise, die erzielten Löhne und die technischen Einrichtungen genau zu berichten hat. Auf Grund der vorgenommenen Ergebnisse soll dann versucht werden, einheitliche Sätze aufzustellen. Die Nürnberger Kollegen wollen das Ganze womöglich mit Hilfe des Gauvorstandes und bei in Betracht kommenden Zahlstellenverwaltungen arrangieren. Das Resultat der Zusammenkunft soll dann auch allen Gauvorstehern und den Orten, wo Kammacher in Betracht kommen, als Material zugesandt werden. Öffentlich gelingt es, durch dieses Verfahren zum Besten der Kollegen Wandel zu schaffen.

Augsburg. Am 16. Mai sprach in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung unter großem Beifall der anwesenden Kollegen unser Gauvorsteher, Kollege Matth. München, über: „Die Tarifkämpfe in der Holzindustrie“. Referent freiste in kurzen treffenden Worten die letzte große Aussperrung, bei welcher, dank der Disziplin und großen Opferwilligkeit der gesamten organisierten Kollegenschaft, ganz erhebliche Vorteile erzielt wurden. In seinen weiteren Ausführungen wies Redner noch auf die gewaltigen Erfolge hin, welche speziell im Gau München durch Abschluß von Tarifverträgen erzielt wurden. Er schloß mit dem Wunsche, die Kollegen möchten dafür sorgen, daß auch in Augsburg Verhältnisse geschaffen werden, welche einer angehenden Großstadt würdig sind. Bestehen doch heute schon in einer Anzahl kleiner Orte in nächster Nähe zum Teil höhere Löhne als in Augsburg. — Der Besuch dieser Versammlung hat wieder gezeigt, wie interesso- und teilnahmslos ein großer Teil unserer hiesigen Kollegen den Bestrebungen ihrer Organisation und den Vorgängen innerhalb ihres Berufs gegenübersteht. Gaben die Augsburger Kollegen vergessen, daß der Erfolg vor drei Jahren nur durch Einmütigkeit und gegenseitiges Zusammenarbeiten ermöglicht wurde? Wir haben wahrlich keine Ursache, die Hände in den Schoß zu legen, denn die hiesigen Lohnverhältnisse bedürfen dringend der Verbesserung. Wir möchten deshalb den Kollegen ans Herz legen, mehr wie bisher an den Mitgliederversammlungen und sonstigen Veranstaltungen unserer Zahlstelle teilzunehmen, um bei einer kommenden günstigen Konjunktur gewillt zu sein. Weiter möchten wir die Kollegen auf den bestehenden Arbeitsnachweis unserer Zahlstelle hinweisen, welcher sich im Gasthaus zum „Gauen Bod“ befindet, wo täglich von 7 bis 8 Uhr abends Arbeit vermittelt wird. Sonntags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Im benachbarten Lechhausen fand am 17. Mai ebenfalls eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt. Kollege Alb. Winter-München behandelte das Thema: „Die Gewerkschaften im Dienste des Kulturfortschritts“. Die anwesenden Kollegen folgten mit Interesse den vorzüglichen und lehrreichen Ausführungen des Referenten und dankten demselben durch reichen Beifall. In der kurzen Diskussion wurde auf den Wert der Arbeiterpresse hingewiesen und die anwesenden Kollegen ersucht, kräftig für die Ausbreitung derselben zu agitieren sowie auch für Gewinnung neuer Mitglieder für den Verband zu sorgen.

Wien. (Korbmacher.) Wie man sich auf die Einhaltung der Verträge durch die Unternehmer verlassen kann, trat in unserer letzten Branchenversammlung wieder einmal klar zutage. Der Unternehmer Starke hat den Vertrag mitunterzeichnet, worin die Unternehmer sich verpflichten, 3 Mt. für die Drillinge zu zahlen, jetzt bietet uns dieser Herr so ganz harmlos nur noch 2,80 Mt. Natürlich wird seitens der Kollegen darauf gedrungen, ihn zur Einhaltung des Vertrages zu zwingen; wir ersuchen deshalb, den Zugang nach Berlin vorläufig streng fernzuhalten. Die Verhältnisse in den übrigen Werkstätten sind auch keine rosigten. Durch unregelmäßige Lieferung der Leisten sind die Kollegen gezwungen, bald hier bald dort auszufahren oder die Arbeitszeit zu verkürzen, was zur Folge hat, daß wir stets genug Arbeitslose haben. In der Versammlung wurde ferner das Verhalten der zureisenden Kollegen gerügt. Nicht genug, daß die einzelnen Werkstätten überlaufen werden, auch der Innungsnachweis wird noch besucht. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß das Umschauen hier nicht gestattet ist und unser Arbeitsnachweis sich nur im Gewerkschaftshaus, Engelfuser 15, befindet.

Coblenz. Es scheint, daß die Kollegen und besonders die in der Pianofortebranche nicht aus dem Winter Schlaf erwachen können, dabei hätten die Erfahrungen des letzten Winters sie doch aufwachen sollen. Bereits hat die Firma versucht, sich durch Einstellung von Arbeiterinnen in zwei Branchen sich billigere Arbeitskräfte zu verschaffen, ferner werden die Akkordeurinnen weiter spezialisiert, natürlich mit dem obligaten Abzug, und neue Akkordeur werden unter allem Sudek bezahlt. Da hätte man doch meinen sollen, daß der Einladung zu einer Betriebsbesprechung allgemein entsprochen worden wäre. Leider sind aber von 200 Mann kaum 80 erschienen. Kollegen, wohin soll das führen? Denkt nur nicht, daß ihr jetzt Ruhe habt, die Betriebsleitung wird euch eines schönen Tages schon wieder munter machen. Dann wird schleunigst eine Werkstatbesprechung verlangt, die aber, wenn die Kollegen den früheren Einladungen gefolgt wären, schon mit einer klaren Antwort erledigt werden könnte. Mit der Zahlung der Beiträge ist es eben allein nicht getan. In der nächsten Zeit ist Generalversammlung der Betriebskrantenkasse. Ihr müßt euch da heute schon klar sein, was ihr da fordern oder ablehnen wollt. Oder denkt ihr, der Herr Direktor bringt euch die Erfüllung eurer Wünsche auf dem Präsentierteller entgegen? Kollegen, seid von nun an besser auf dem Posten, daß der Zeitung der Zahlstelle die Arbeit erleichtert ist. Es werden ferner die Kollegen der Pianoforteindustrie von Coblenz dringend ersucht, die statistischen Fragebogen genau und gewissenhaft auszufüllen zwecks Gründung einer Sektion. Die auswärtigen Kollegen der Pianofortebranche bitten wir, Coblenz zu meiden und gegebenenfalls nur auf dem Arbeitsnachweis im Gewerkschaftshaus, Moselstraße 41, im „Goldenen Ring“ anzufragen. Also, Kollegen, seid auf dem Plan und treibt Kleinagitation, bis der letzte Arbeiter und die Arbeiterin einsteht, daß sie in unseren Reihen mitkämpfen müssen. Dann wird es für Coblenz auch einmal besser, wenn man den Mut und die Ausdauer nicht sinken läßt.

Dresden. Am 20. Mai tagte im Erlanon eine öffentliche Maschinenarbeiterversammlung, um über die in den letzten Nummern der Holzarbeiter-Zeitung erschienenen Eingekandts „Zur Lage der Maschinenarbeiter“ Stellung zu nehmen. Kollege Seibold hielt das einleitende Referat. In der folgenden lebhaften Diskussion wurde die unzulängliche Inspektion der Betriebe scharf kritisiert. Daß von einem Vertrauen zu den Beamten keine Rede sein kann, beweist schon der Umstand, daß diese Herren meist nach vorheriger Anmeldung und in Begleitung des Unternehmers die Betriebe inspizieren. Selten wird dadurch ein Arbeiter Gelegenheit haben, den Beamten auf vorhandene Mißstände aufmerksam zu machen. In bezug auf Schutzvorrichtungen und sanitäre Einrichtungen herrschen auch hier die denkbar traurigsten Mißstände, nur in wenigen Betrieben sind Erbauortoren angelegt. — Auch das Arbeiten der Arbeiter an den Maschinen wurde verurteilt. Nicht nur, daß es die Maschinenarbeiter direkt schädigt, indem es deren Arbeitsgelegenheit mindert, auch in ihrem eigenen Interesse kann es den Kollegen von der Bank nur empfohlen werden, dies zu unterlassen; sind doch mehrere schwere Unfälle in letzterer Zeit nur diesem Umstand zuzuschreiben. Die Löhne, besonders in den Großbetrieben, sind die denkbar schlechtesten; sind doch Stundenlöhne von 35 bis 40 Pf. keine Seltenheit. Bei diesen Mißständen sollte man nur glauben, daß unter den Kollegen Einigkeit herrsche und daß jeder in den Versammlungen erscheint, aber von alledem keine Spur. Trotz aller Bemühungen der Sektionsleitung, durch lehrreiche Referate den Versammlungsbesuch zu heben, hält es die Mehrheit der Kollegen nicht für nötig, diese Laubheit abzustreifen und dahin zu gehen, wo ihre Interessen beraten werden. Dem Wunsche der Kollegen andernorts, den Hauptvorstand von der Dringlichkeit einer Konferenz zu überzeugen, schloß man sich nicht an. Man war der Meinung, erst durch Aufnahme einer Statistik Material zu sammeln und durch rege Agitation unsere Organisation zu stärken.

Glatz. Am 23. Mai fand hier eine Holzarbeiterversammlung statt, zu welcher als Referent der Kollege Pacyna-Breslau erschienen war. Derselbe sprach über: „Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise und der Deutsche Holzarbeiterverband“. Redner schilderte den Entwicklungsgang der heutigen kapitalistischen Produktionsweise, wobei er die Maschinenarbeit, die Teilarbeit, sowie die Frauen- und Kinderarbeit besonders würdigte. Er besprach dann die in immer kürzeren Zwischenräumen auftretenden Wirtschaftskrisen, an deren Folgen Tausende von Arbeitern gegenwärtig zu leiden haben. Gegenüber sei als einziges Hilfsmittel eine eintige und starke Organisation zu bezeichnen; wo diese vorhanden, da sind noch stets Verbesserungen für die Arbeiter erreicht worden. Nachdem Redner noch den kulturellen Wert, welchen die beiden Hauptforderungen, nämlich die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung

der Löhne, besitzen, schloß er mit dem Wunsche, daß die Kollegen sich für die Erreichung dieser Ziele einsetzen und die Organisation der Arbeiter kräftig unterstützen.

der Löhne für alle Arbeiter haben, gebührend hervorgehoben hatte, erläuterte er im weiteren die Leistungen unseres Verbandes und die Erfolge desselben im Jahre 1907. In der darauffolgenden Diskussion nahmen mehrere Kollegen das Wort, deren Ausführungen alle darin übereinstimmten, daß auch am hiesigen Orte es endlich an der Zeit wäre, mit Hilfe der Organisation die sehr verbesserungsbedürftigen Verhältnisse im Beruf zu ändern. Dazu müssen sich alle Kollegen der Organisation anschließen, was leider bisher von vielen noch nicht geschehen ist. Nach einem kräftigen Schlusswort wurde die Versammlung geschlossen.

**Großröhrsdorf.** Es ist wohl an der Zeit, die Mißstände in der hiesigen Tischfabrik einer Besprechung zu unterziehen. Sonntagsarbeit ist hier an der Tagesordnung. Wir würden darüber nicht reden, wenn Arbeit in solchem Maße vorhanden wäre, daß sie in der Woche nicht fertiggestellt werden könnte, aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Lagerräume sind voll, die Werkführer wissen nicht, was sie den Arbeitern geben sollen, sie möchten lieber Arbeiter entlassen, und da wäre es wohl Zeit, die Sonntagsarbeit einzustellen. Auch in der Woche scheint sich das Überstundenmachen recht eingenistet zu haben, abends bis 8 und 1/2 Uhr zu arbeiten ist keine Seltenheit. Dann können die Leute gut sagen, daß sie in der Tischfabrik viel verdienen, trotzdem ein Durchschnittslohn von 16 bis 17 Mk. zu verzeichnen ist, wenn sie des Sonntags und nach Feierabend noch arbeiten. Das schlimmste dabei ist, daß sich auch unsere Kollegen noch zu diesen Arbeiten hergeben. Was müssen die Unorganisierten von euch denken? Wir geben uns die größte Mühe, die Indifferenten dem Verband zuzuführen, ihr aber macht durch euer Verhalten unsere Bestrebungen wieder zunichte. Kollegen, weist diese Angebote entschieden zurück, auf daß die noch fernstehenden Respekt vor euch haben. Auch die Kollegen von der Firma K. Rasch sollten sich das merken.

**Griinstadt.** In welcher rücksichtsloser Weise die Unternehmer in der schlechten Geschäftszeit gegen ihre Arbeiter vorgehen, lehrt das Verhalten der Herren Seelenberger, Inhaber der Möbelfabrik G. Schumacher in Griinstadt. Nachdem die Firma ihr Lager gefüllt hat, glaubt sie den Zeitpunkt für gekommen, mit den organisierten Schreibern abzurechnen und den Betrieb von den „Hegern und Aufwieglern“ zu reinigen, um dann später nach Herzenslust die Marktpreise diktieren zu können. Die Firma ließ also am 19. Mai am Fabrikingang anschlagen: „Die Arbeitszeit der Schreiner ist um 4 Uhr beendet.“ Diese Anordnung wurde stillschweigend entgegengenommen. Am 23. Mai folgte der weitere Befehl: „Die Arbeitszeit der Schreiner beginnt früh um 7 Uhr und endet um 12 Uhr mittags.“ Die Werkstattkommission erklärte hierauf der Firma, daß sich durch Versammlungsbeschluss sämtliche ledigen Kollegen (17 Mann) verpflichtet hätten abzureisen, um dadurch die Fabrikation einzuschränken, und ersuchte die Firma, die zurückbleibenden verheirateten Kollegen (21 Mann) wenigstens dreiviertel Tage zu beschäftigen. Das paßte jedoch den Herren nicht in ihren Plan, denn dadurch wären gerade jene misliebigen Elemente im Betrieb verblieben, sie erklärten deshalb rundweg, nur halbe Tage arbeiten zu lassen. Nachdem nunmehr die Kollegen die Absicht der Firma, die Schreiner durch kurze Arbeitszeit müde und „zahn“ zu machen, wie der Fachausdruck des Werksmeisters Rumpel lautet, um nachher die vermeintlichen Hegern ungeniert hinauszuwerfen zu können, durchschaut hatten, beschloßen sie einstimmig, keine halben Tage zu arbeiten, sondern am 27. Mai geschlossen aufzubrechen und die Sperre über die Möbelfabrik G. Schumacher zu verhängen.

**Silbesheim.** In einer Werkstattoersammlung der Holzarbeiter einiger Maschinenfabriken wurde der Wunsch geäußert, hier am Orte eine Sektion der Modell- und Fabrikfischler und -drechsler zu gründen, um die Verhältnisse der einzelnen Fabriken besser kennen zu lernen und die Agitation unter den in den Fabriken beschäftigten Holzarbeitern intensiver betreiben zu können. Die hiesige Sozialverwaltung hat dem stattgegeben und fand die erste Zusammenkunft am 28. Mai im Gewerkschaftshaus statt. Als Ehrengast wurde Kollege Rottenbach gewählt. Derselbe wies in einem kurzen Referat auf den Zweck und das Ziel der Sektion hin. Es soll hier keine Eigenbrödelei Platz greifen, sondern die Sektion soll sich immer nur als ein Glied des Ganzen betrachten. Vor allen Dingen soll sie die Geselligkeit und Kollegialität pflegen und durch Ausflüge versuchen, sämtliche in den Fabriken beschäftigte Holzarbeiter für den Verband zu gewinnen. Die Adresse des Kollegen Rottenbach ist Steuerwalderstraße 130.

**Kassa.** Auf Veranlassung des Gauvorsitzers, Kollegen Pappé, fand am Sonntag den 17. Mai im „Thüringer Hof“ zu Abtschlag eine Bezirksversammlung statt, bei welcher die Zahlstellen Jena, Rudolstadt, Neustadt a. D., Pöppeln, Hermsdorf, Noda und Kahla vertreten waren. In einleitender Rede legte Kollege Pappé die Gründe für die Abhaltung von Bezirksversammlungen zur Ausbreitung der Agitation innerhalb der Bezirke dar. Seine Ausführungen, in welchen er eine engere Angliederung der Zahlstellen zwecks Austausch von agitatorischen Kräften zur Hebung der Agitation und besserer Verständigung bei Differenzen und Streiks empfahl, fanden allseitige Zustimmung. Sämtliche Diskussionsredner fanden in der Abhaltung von Bezirksversammlungen eine dringende Notwendigkeit und bekräftigten, daß diese im Laufe des Jahres des öfteren stattfinden sollen. Nach Auteilung der verschiedenen Kreise an die Zahlstellen zur agitatorischen Bearbeitung und einem ansehnlichen Schlusswort des Kollegen Pappé fand die interessante Sitzung mit einem begeisterten Hoch auf unseren Holzarbeiterverband ihr Ende.

**Oberan.** Die Maßregelungen in der Holzindustrie Gexdorf veranlassen uns, nochmals sämtliche Kollegen zu warnen, in dieser Wunde in Arbeit zu treten. Den Kollegen von Gexdorf rufen wir zu: Weibet dem Verband treu, wahret eure Interessen und besucht die Versammlungen besser. Laßt euch vom Unternehmer nicht in die Enge treiben, sondern zeigt, daß ihr gewillt seid, eure Rechte zu wahren. Diese Mahnung gilt auch für sämtliche Kollegen von Oberan. Denn würden alle Kollegen das im Auge behalten, dann könnten wir auch hier ein besseres Los erringen. Kollegen, weg mit dieser Faulheit, diesem gezwungenen Wesen, tretet alle vereint mit neuer Kraft und frischem Mut an die Arbeit, dann wird uns der Erfolg nicht ausbleiben.

**Mavensburg.** Wer in Mavensburg die Verhältnisse kennt, der weiß, daß hier manches verbessert werden könnte; allein wo die schlimmsten Mißstände herrschen, dort sind auch die lässigsten Berufskollegen vorhanden. Von den zirka 400 am Orte beschäftigten Holzarbeitern ist nur ein kleiner Bruchteil organisiert. Da wird immer geklagt über die hohen Beiträge und die vielen Versammlungen, gilt es aber, einen Klimbimverein zu unterstützen, da hat man das nötige Geld und Zeit in Hülle und Fülle. Selbst die Organisierten finden es nicht für notwendig, die Versammlungen zu besuchen. Um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen, ist aber der Zusammenschluß sämtlicher Kollegen erforderlich. Die zugereisten Kollegen reisen immer sehr schnell wieder ab, da die Wohnungs- und Lebensmittelpreise sehr hoch, der Verdienst dagegen sehr niedrig ist. Am Bierisch wird räsoniert über schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse, das hat aber keinen Wert, wenn die Kollegen sich nicht organisieren und in die Versammlung kommen. Der einzelne kann nichts ausrichten, der Gesamtheit aber ist es ein leichtes, Angriffe abzuwehren und Verbesserungen zu erzielen. Auch bei der Sektion der Pinselmacher macht sich eine sehr große Laueheit bemerklich. Bei solcher Gleichgültigkeit werden die erzielten Erfolge bald wieder verloren sein. Da wegen schlechtem Geschäftsgang an den Samstagen nur noch den halben Tag gearbeitet wird, geben wir gerne zu, daß der Lohnausfall bei dem ohnehin geringen Verdienst sehr fühlbar ist. Zu bedauern ist, daß es immer noch Kollegen gibt, welche trotzdem noch öfters blau machen. Wir wissen, daß verschiedene Kollegen, statt in die Versammlung zu kommen, sich in anderen Wirtschaften aufhalten. Kollegen, das muß wieder besser werden. Kommt in die Versammlungen und bringt eure Nebenkollegen mit, laßt aber jeden persönlichen Streit beiseite, denkt nicht, wenn dieser oder jener kommt, bleibe ich fern. Dadurch wird eine Zahlstelle zersplittert. Fort mit allem Zanf und Hader, denn nur ein gemeinsames Handeln kann uns zum Ziele führen.

**Salzungen.** Wie wenig zu erreichen ist, wenn es an Einigkeit der Kollegen fehlt, zeigte wieder einmal recht die Lohnbewegung in der Salzunger Möbelfabrik G. m. b. H. Sind doch die Kollegen selbst daran schuld, daß der eingereichte Tarif nicht bewilligt wurde. Den Kollegen ist es ja allerdings noch zu verzeihen, daß sie den Mut sinken ließen, da sich schon die Kommission durch große Laueheit auszeichnete, obwohl sie doch eigentlich mit gutem Beispiel hätte vorangehen sollen. Nur dem Umstand, daß nach der ersten Verhandlung ein Kollege zugewählt wurde, ist es zu verdanken, daß wenigstens ein kleiner Teil des Geforderten bewilligt wurde. Hoffentlich ist den Kollegen hierdurch eine Lehre gegeben, so daß so etwas nicht wieder vorkommt.

## Unsere Lohnbewegung.

### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bitterfeld (Müllisch),** Cassel (Schulgerätfabrik König), Garmisch-Partenkirchen, Schwäb. Gmünd (Haas), Regnitz, Mustau (Emil Schmidt), Norden in Ostpreußen, Sangerhausen, Schwedt an der Oder, Schwanau a. d. Warthe;
  - Modellfischlern nach Mannheim (Brown, Boveri & Co.);**
  - Stellmachern nach Harburg a. Elbe;**
  - Korbmachern nach Düben, Grimma (Tretbar), Hamburg, Albeck (Möhlert), München-Ebenhausen (Sauer);**
  - Werkstattoerern nach Grabow in Mecklenburg, Saunburg a. G.;**
  - Zugern nach Altsch bei München (Risch & Eßner),** Seichsee in Oberbayern (Dehloges);
  - Blaviermachern nach Regnitz (Schneider),** Zürich;
  - Ristenmachern nach Bünde i. Westfalen (Althage & Gerbrechtsmeier);**
  - Maschinen- und Holzarbeitern nach Mannheim;**
  - Korfmachern nach Gardelegen;**
  - Rohrarbeitern nach Delmenhorst (Minnemann);**
  - Suhlmachern, Tischlern und Polierern nach Schwälungen a. d. Werra (Heller & Komp.);**
  - Wirstenmachern nach Frankfurt a. M., Hannover (Knappwort);**
  - Rohrarbeitern nach Bremen (Mente und Schulz),** Burgdam.

**In Altsch bei München** dauert der Sägereistreik bei Risch & Söhne unverändert fort. Die Millionenfirma ist aufs äußerste bemüht, Streikbrecher zu bekommen, und muß der Zuzug von Sägern, Bretterlagerarbeitern aufs strengste ferngehalten werden.

**In Berlin** ist der Streik in der Tapetenleistenfabrik von Zander aufgehoben worden, weil sich leider zu viel Streikbrecher gefunden hatten. Daß unter diesen Umständen von einer Wiedereinstellung aller nicht die Rede sein konnte, wird jedem einleuchten, und so konnte Herr Zander große Nachteile halten. Von 44 Verbleibenden wurden vorläufig nur 17 sofort wieder eingestellt, den anderen wurde spätere Einstellung in Aussicht gestellt! Erreicht wurde nur, daß die Firma die unwürdige Zumutung betreffs Austritt aus der Organisation fallen lassen mußte. Zum Schluß richten wir noch das Ersuchen an alle Kollegen, die Fabrik von Zander nicht zu überlaufen, solange noch der größte Teil der Kollegen gemäßregelt auf der Straße liegt. Überhaupt möchten wir vor Zuzug nach Berlin warnen, da aller Voraussicht nach ein sehr schlechter Sommer sowohl für die Leisten- als auch Rahmenbranche werden wird und jetzt schon eine ungewöhnlich große Zahl von Vergoldern auf dem Arbeitsnachweis sitzt.

**In Düben** befinden sich die Korbmacher zurzeit in einem Abwehrstreik, da ihnen zugemutet wurde, den Geschloßkorb (Drilling) für 2,50 Mk. zu machen. Wir bitten die Kollegen, den Zuzug nach hier streng fernzuhalten, auch möchten wir ersuchen, die Meister nicht allzusehr mit Briefen und Karten

zu überhäufen, da dadurch den hiesigen Kollegen bloß die Arbeit erschwert wird.

**In Garmisch-Partenkirchen** haben wiederholte Verhandlungen mit der Meisterschaft stattgefunden, die aber an deren Hartnäckigkeit scheiterten. Sie wollen mit Gewalt am Jehnstundentag festhalten, trotzdem derselbe in fast allen größeren Orten unseres Gauzes beseitigt wurde. Der Minimallohn ist ihnen auch ein Greuel; kurz, der große Teil der hiesigen Meister ist konservativ bis in die Knochen. Sie haben sich auch ins Schlepptau der Scharmacher nehmen lassen; angeblich haben ihnen dieselben gedroht, keine Arbeit mehr zu geben, wenn sie etwas bewilligen. Nun gut, die Suppe, die sie sich eingebrockt haben, müssen die Schreinermeister auslöffeln. Ihre Einigkeit ist auch bereits in die Brüche gegangen, indem eine der bedeutendsten Firmen am Orte unterschrieben hat. Die Kollegen beschloßen deshalb, in den übrigen Werkstätten am 1. Juni die Arbeit niederzulegen. Um den Kampf zu erleichtern und auch in unserem Hochgebirge Bresche zu legen, muß der Zuzug streng ferngehalten werden.

**In Gotha** wurden in der Waggonfabrik die organisierten Arbeiter, weil sie sich nicht zum Streik provozieren lassen wollten, ausgesperrt. Von der Aussperrung sind 682 Arbeiter, darunter ca. 200 Mitglieder unseres Verbandes betroffen. Es steht zu erwarten, daß in Rdm und Breslau und auch anderwärts Arbeiter entlassen werden, um sie nach Gotha zu dirigieren, deshalb wird um strengste Fernhaltung des Zuzuges gebeten. Näherer Bericht folgt.

**In Leipzig** dauert der Streik in der Haarschmuckfabrik von Weinstein & Co. fort. Mit diesem Streik beschäftigte sich eine Versammlung der Zelluloid-, Schirm- und Stockarbeiter am 28. Mai. Der Referent, Kollege Schlur, bedauerte, daß sich immer noch solche Elemente fänden, die den Unternehmer trotz seines rücksichtslosen Vorgehens unterstützen. Obwohl sie dem Unternehmer wegen ihrer Unkenntnis in der Branche nichts nützen können, gehen sie mit einer gewissen Dreistigkeit gegen unsere Kollegen vor. Um nun der Behauptung des Herrn Weinstein gegenüberzutreten, daß er seine Arbeiter immer einen angemessenen Lohn verdienen lasse, sei folgendes zur Nichtigstellung mitgeteilt: Die alten Arbeiter streifen wegen ganz erheblicher Lohnreduzierungen. Den männlichen Arbeitswilligen versprach W. zum Teil 8,50 Mk. pro Tag, sie sollten von der zweiten Woche ab in Akkord arbeiten, wobei sie weit über 80 Mk. verdienen könnten. In der ersten Woche hat Weinstein nun nicht weniger als 200 Mk. an Arbeitslohn auf den Verdienst legen müssen, damit die Arbeiter auf ihren versprochenen Lohn kamen, und in der zweiten Woche haben dann dieselben Hausreißer kolonnenweise das Colorado wegen allzu hohem Verdienst, nämlich 8 bis 12 Mk. pro Woche, wieder verlassen. Daß der Lohn im allgemeinen nicht höher gewesen ist, beweist, daß W. in der letzten Woche an 28 Arbeiter und Arbeiterinnen nur rund 800 Mk. an Lohn ausgezahlt hat. Hoffentlich kommen auch diese bald zur Einsicht. Nach einer lebhaften Diskussion sicherte die Versammlung den Streikenden ihre volle moralische und finanzielle Unterstützung zu.

**In Mannheim** sind die Arbeitgeber mit ihrer Aussperrung ganz gewaltig hereingefallen. Mit großen Kosten haben sie sich einige Streikbrecher herbeigeholt; da sie aber mit denselben nichts anfangen können, so wären sie froh, wenn sie diese Sorte Menschen wieder los hätten. Nach siebenwöchigem Kampfe ist es den Arbeitgebern aber trotz der größten Anstrengungen noch nicht gelungen, Ersatz für die ausgesperrten Maschinenarbeiter zu bekommen, denn die Streikbrecher können nur als Plazarbeiter beschäftigt werden. Alle Mühe, die sich die Unternehmer geben, die Aussperrten abwendig zu machen, ist vergeblich; bis jetzt ist noch kein Kollege zum Verräter geworden. Die Situation wird treffend beleuchtet durch das nachfolgende Schreiben:

Südwestdeutscher Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe.  
Mannheim, den 27. Mai 1908.

An unsere Mitglieder!  
Unsere außerordentliche Mitgliederversammlung vom 21. Mai hat folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Es werden Arbeitswillige in Person von dem Beruf der von der Aussperrung betroffenen Holzbetriebe einigermaßen verwandten Meistern von Mannheim, Ludwigsbafen und Umgebung gesucht, in der Weise, daß vertraute, unserem Verband angehörige Meister gebeten werden, sich in dieser Richtung zu bemühen. Für alle diese Auslagen kommt unser Verband auf. Dieser gewährt außerdem den Betroffenen eine entsprechend genügende Entschädigung für Zeitverlumnis.

Die auf diese Weise gewonnenen Arbeitskräfte sollen in der Weise bezahlt werden, daß ihnen die betreffenden Holzbetriebe, welchen sie zugewiesen werden, eine reichliche Lohnvergütung gewähren, und daß ihnen außerdem von unserem Verband eine angemessene Prämie als Ehrengeschenk ausgekehrt wird.

2. Die Arbeitskräfte der einzelnen Betriebe werden auf das Allernotwendigste beschränkt und alle übrigen Arbeiter entlassen.

3. Die Herren Obermeister Hall, Zapf, Krug und Geß, sowie der Schreinermeister Herz und der Glasermeister Brenneis werden beauftragt, die in Punkt 1 erwähnten Arbeitskräfte zu gewinnen, und haben sofort mit der Werbung der Arbeitskräfte in Südwestdeutschland zu beginnen.

Indem wir Ihnen von diesen Beschlüssen Kenntnis geben, bitten wir, den unter Ziffer 2 genannten unverzüglich zu befolgen und die unter Ziffer 1 und 3 gefaßten Beschlüsse Ihrerseits auf das kräftigste zu unterstützen und uns Arbeitswillige, besonders Hobler, Schreiner und sonstige Holzarbeiter zu übersenden.

Hochachtungsvoll  
Südwestdeutscher Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe:  
Der Geschäftsführer: Dr. Reiner.

NB. Gleichzeitig bitten wir Sie im Auftrage unserer Zentrale, des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe, uns sofort ein Branchenverzeichnis zu übersenden und falls Sie uns Ihre Arbeiterzahl noch nicht angeben haben, dies unverzüglich zu tun, da unsere Zentrale auf Erfüllung unserer Verpflichtungen derselben gegenüber drängt.

Aus diesem Schreiben geht deutlich hervor, welche Zwecke die Arbeitgeber verfolgen. Auf der einen Seite bietet man den Arbeitern Lohnkürzung an, auf der andern Seite hat

man Geld genug, um den Verrätern Prämien zu zahlen. Es empfiehlt sich, den Streibbrecheragenten, wo sie auftauchen, gehörig auf die Finger zu sehen. Die Kollegen vom Schwarzwald und in Bayern werden erfucht, auf diese Seelenverkäufer besonders aufzupassen. Gelingt es auch diesen nicht, Streibbrecher herzuholen, dann wird der Sieg bald unser sein.

**Ausland.**

In England schwebt zurzeit ein schwerer Kampf in der Schiffbauindustrie, an welchem, wie wir einem Bericht des Kollegen Goffin an den Sekretär der Internationalen Union entnehmen, auch Holzarbeiter in größerer Zahl beteiligt sind. Zunächst kam es an der Nordostküste Englands zu einem Streik, der sich drei Monate lang hinzog. Um die Arbeiter zum Nachgeben zu zwingen, hat nun der Verband der Unternehmer die Arbeiter in den übrigen Zentren des Schiffbaues ausgesperrt, insbesondere in den Distrikten Clyde und Glasgow; die Arbeiter sollen gezwungen werden, sich einen Lohnabzug von einem Sixpence (etwa 50 Pf.) pro Woche gefallen zu lassen. Für die Holzindustrie kommen Möbel- und Bautischler, Schiffszimmerer, Maschinenschlifer und Polierer, alles in allem ungefähr 15 000 Mann in Betracht. Wahrscheinlich wird es in den anderen Branchen des Schiffbaues auch demnächst zu einem Stillstand der Arbeit kommen. Das bedeutet, daß dann ungefähr 100 000 Arbeiter von der Bewegung betroffen sind, die Maschinenbauer dabei nicht mitgerechnet.

**Aus der Holzindustrie.**

**Der Untergang einer Hessischen Hausindustrie.**

Der Jahresbericht der hessischen Fabrikinspektoren für 1907 enthält folgende Episode aus der Leidensgeschichte deutscher Hausindustrien: In früheren Jahren war das Schachtelmachergewerbe in verschiedenen Orten des Odenwaldes als Hausindustrie sehr verbreitet. Von den Vätern her hatten die Schachtelmacher ihr Handwerk übernommen und es im Laufe der Jahre zumeist zum Besten eines Häuschens und eines bescheidenen Wohlstandes gebracht.

Bereits im letzten Jahrzehnt war dieses Schachtelmachergewerbe mehr und mehr zurückgegangen. Während früher Holzspannschachteln in länglicher und runder Form in verschiedenen Größen zu allerhand Zwecken Verwendung fanden, wurden diese Schachteln, dem Fortschritt der Industrie folgend, mehr und mehr sowohl durch Faltschachteln (aus Pappe geschlagene, bedruckte und geprägte Schachteln) als auch namentlich durch maschinell hergestellte Blechschachteln und Blechdosen verdrängt. Dadurch wurde die Schachtelmacherei fast ganz auf Herstellung von größeren und kleineren Spannschachteln für Weißphosphorzündhölzer beschränkt.

In Offenbach blühte die Spannschachtelmacherei hauptsächlich in den Orten Höchst i. D., Michelstadt, Stockheim bei Michelstadt, Klein-Zimmern, Brensbach und Klein-Bieberau. In den ersten drei Orten wurden hauptsächlich sogenannte Kofferschachteln aus Holzspan und Papier hergestellt. Diese Kofferschachteln aus Holzspan dienend dazu, annähernd tausend überall entzündliche Streichhölzer aufzunehmen. Jetzt liefert diese Kofferschachteln in der Hauptsache nur noch eine Firma in Höchst; die Hausindustrie in diesem Gewerbe ist so gut wie eingegangen. In den übrigen drei Orten wurden im letzten Jahrzehnt in hausindustriellen Betrieben bis 1907 fast nur noch runde, ovale und längliche Spannschachteln für Weißphosphorzündhölzer, die hauptsächlich in ländlichen Gegenden aus alter Anhänglichkeit an diese Hölzer Verwendung fanden, hergestellt. Diese Schachteln faßten 100, 200, 300 beziehungsweise 400 Hölzer und wurden in den Zündholzfabriken mit der Hand gefüllt.

Das „Weißphosphorzündholzverbot“ (Gesetz vom 10. Mai 1908), nach welchem vom 1. Januar 1907 ab Zündhölzer und andere Zündwaren aus weißem oder gelbem Phosphor nicht mehr hergestellt und von 1. Januar 1908 ab diese Zündwaren nicht mehr feilgehalten, verkauft oder sonst in den Verkehr gebracht werden dürfen, gab der Spannschachtelmacherei den Todesstoß. Da die Zündholzfabriken sich zumeist auf die Schmelzenzündholzfabrikation eingerichtet haben und, soweit sie noch überall entzündliche Streichhölzer aus einer anderen, nicht weißen oder gelben Phosphor haltenden Zündmasse herstellen, auch hierfür viereckige auf automatisch-maschinellen Wege hergestellte Schachteln verwenden, so konnten die Spannschachtelmacher ihre Betriebe nicht mehr aufrechterhalten und gingen nach und nach ein. Die in dieser Hausindustrie beschäftigten jüngeren Arbeiter und Arbeiterinnen wandten sich anderen Beschäftigungen zu und sanken auf eine ganz geringe Zahl herab. Die beschäftigten älteren Leute dagegen, welche zumeist Inhaber und Leiter dieser Kleinbetriebe waren, wurden gänzlich verdienstlos.

Auf Anregung der Gewerbeinspektion entschloß sich die Regierung, diesen alten Leuten, welche sich ihren Lebensunterhalt durch andere Arbeit nicht mehr erwerben können, eine jährliche Unterstützung zuteil werden zu lassen. In gleicher Weise bezieht die frühere Inhaberin eines kleinen Weißphosphorzündholzbetriebes, welcher infolge obgenannter Gesetzes eingestellt werden mußte und die gleichfalls mittellos ist, eine kleine jährliche Unterstützung, so daß insgesamt acht Personen, die annähernd 70 beziehungsweise über 70 Jahre alt sind, regierungsseitig geholfen wird.

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie ist fortbauern ungünstig. Nach den Berichten des „Reichsarbeitsblattes“ war im Monat April die Beschäftigung in den Sägewerken noch schwach und machte sich ein Überangebot an Arbeitskräften bemerklich. In der Berliner Bautischlerei war die Tätigkeit immer noch still. In der Möbelfabrikation trat in einigen süddeutschen Betrieben eine Besserung

ein, im wesentlichen war jedoch der Geschäftsgang schlechter als im günstigen Vorjahr. In Berliner Betrieben trat vielfach eine geringe Verbesserung ein. Im Berliner Luxuswagen- und Karosseriebau hielt die kleine Belegung des Vormonats an. Verglichen mit dem sehr günstigen Vorjahr war jedoch das Geschäft bedeutend schlechter. Auch hier boten sich Arbeitskräfte im Überfluß an. Auch für die Spielwarenindustrie war der April ein stiller Monat infolge der anhaltenden Zurückhaltung der Hauptabnehmer im In- und Ausland; sowohl im Sonneberger wie im Nürnberg-Bezirk war daher ein Überangebot an Arbeitskräften festzustellen.

Zur Maschinenarbeiterbewegung. Im Hinblick auf die in letzter Zeit in der „Holzarbeiter-Zeitung“ enthaltenen Einfindungen aus den Kreisen der Maschinenarbeiter erhalten wir vom Vorstand der Südwest-deutschen Holzberufsgenossenschaft eine Zuschrift, in welcher auf die Bemühungen hingewiesen wird, welcher sich diese Genossenschaft unterzieht, um der runden Sicherheitswelle für Hobelmaschinen Eingang zu verschaffen. Aus den uns zur Verfügung gestellten Drucksachen konstatieren wir gern, daß diese Bemühungen nicht erst aus neuester Zeit datieren. In einem Rundschreiben „an die Herren Besitzer von Abriechhobelmaschinen“ vom 20. Dezember 1906 lenkt die Berufsgenossenschaft die Aufmerksamkeit ihrer Mitglieder wiederholt auf die runde Messerwelle, wobei insbesondere auf den § 120a der Gewerbeordnung hingewiesen wird. Die diesem Zirkular beigelegten Abbildungen, welche die Folgen von Anfällen an der alten und an der neuen Welle zeigen, reden eine deutliche Sprache und müßten jeden Unternehmer, der ein wenig menschliches Gefühl besitzt, veranlassen, im Interesse der gesunden Glieder der Arbeiter die verhältnismäßig geringen Kosten der Anbringung der Sicherheitswelle nicht zu scheuen.

Um die mit der Einführung der Neuerung noch zögernden Unternehmer aufzumuntern, hat die Berufsgenossenschaft unterm 26. April 1908 in dem Genossenschaftsorgan eine Bekanntmachung erlassen, in welcher die Genossenschaftsmitglieder, welche die Sicherheitswelle angebracht haben, namentlich aufgeführt werden. Aus dieser Bekanntmachung geht auch hervor, daß die Berufsgenossenschaft einen neuen Gehaltentarif eingeführt hat, welcher für die Besitzer der Sicherheitswelle einen fünfjährigen Rabatt von 30 Mk. pro Welle und Jahr, begrenzt bis zu 20 Prozent des Umlagebeitrags, vorsieht. Hierzu schreibt uns der Genossenschaftsvorstand erklärend, daß es sich bei dem Verzeichnis der Besitzer der runden Welle selbstredend um massive (metallene) runde Wellen, nirgends um mit Holz gerundete Vierkantwellen handelt. „Letztere kamen wohl für das einige Jahre zurückliegende Anfangsstadium der Sicherheitswellebewegung in Betracht, auf die Dauer ist an diesem Notbehelf aber nicht festgehalten worden, wie uns denn dergleichen auch tatsächlich keine derartige Holzaußfütterung im Bezirk unserer Berufsgenossenschaft bekannt ist, und die Aufsichtsbearbeiter angewiesen sind, eventuell auf ihre Entfernung und den Ersatz durch massive Wellen zu drängen.“

Gält man dazu, daß die Berufsgenossenschaft weiter durch ein Rundschreiben an die Fabrikanten und Lieferanten von Holzbearbeitungsmaschinen usw. vom 11. Mai 1908 diesen ans Herz legt, an die Mitglieder der Genossenschaft keine Maschinen oder sonstigen Einrichtungen ohne die erforderlichen Sicherheitsvorrichtungen zu liefern, so muß man gestehen, daß zum mindesten der Vorstand der Südwest-deutschen Holzberufsgenossenschaft der Verhütung von Unfällen eine weitgehende Aufmerksamkeit entgegenbringt. In dem letztgenannten Rundschreiben sind 20 der wichtigsten Schutzvorrichtungen einzeln aufgeführt, und gleichzeitig wird, zur Warnung der Maschinenfabrikanten, ihnen ein Urteil zur Kenntnis gebracht, durch welches ein Fabrikant auf Grund des § 823 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und § 140 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes verurteilt wurde, der Berufsgenossenschaft den Schaden zu ersetzen, der ihr dadurch entstand, daß sie einem Arbeiter Renten zahlte in Höhe von ein- und zweiundsiebzig Mark, weil er eine Schutzvorrichtung gelieferten Maschine vernachlässigte.

Wir verneinen keineswegs, daß sich die Berufsgenossenschaft bei ihren Bestrebungen zur Verringerung der Unfallgefahr in erster Linie von finanziellen Erwägungen leiten läßt, aber im Effekt kommt dieses Streben der Gesundheit der Arbeiter zugute, die uns vor allen Dingen am Herzen liegt. Deshalb erkennen wir die Leistungen auf diesem Gebiet gern an und werden sie nach Kräften unterstützen.

**Gewerkschaftliches.**

**Terrorismus.**

Das Geschrei über den Terrorismus der Gewerkschaften wird von den Scharfmachern und ihren Schülern mit einer Unermüdlichkeit und einem Nachdruck erhoben, daß leichtgläubige Zuhörer von tiefem Mitleid mit den armen Opfern der Terroristen ergriffen und geneigt werden, das Verlangen nach Ausnahmegesetzen gegen die organisierten Arbeiter zu unterstützen. In Wirklichkeit bedarf es aber solch besonderer Gesetze nicht; wer die Tätigkeit unserer Gerichte verfolgt, hat oft genug Gelegenheit, den Scharfsinn zu bewundern, den sie aufwenden, um Arbeiter mit Strafen zu belegen für Taten, die, wenn sie von den Unternehmern begangen werden, von keinem Staatsanwalt als strafwürdig angesehen werden. Das ganze Terrorismusgeschrei hat eigentlich neben der Haß gegen die Gewerkschaften nur den Zweck, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den terroristischen Mitteln abzulenken, deren sich die Unternehmer fortwährend bedienen, um den Arbeitern die Zugehörigkeit zu ihrer Organisation zu verleißen.

Als besonders rücksichtslos Hasser der Gewerkschaften sind die Unternehmer im Bergwerksbetrieb bekannt. Mancher Bergarbeiter, der in seiner Gewerkschaft tätig oder der auch nur das Opfer einer unbegründeten Demütigung war, hat den Haß der Grubenproben zu spüren bekommen. Aus der Arbeitsstätte entlassen, mußte er von Zeche zu Zeche wandern, um überall abgewiesen zu werden. Von einer geheimen Feme war er zum Hungertod verurteilt, ohne daß

er Gelegenheit gehabt hätte, auch nur die Vergehen zu erfahren, deren er angeschuldigt war. Daß eine Organisation der Unternehmer existiert zu dem Zwecke, mißliebige Arbeiter brotlos zu machen, war bekannt, aber den Unternehmern war es gelungen, diese Organisation so in den Schleier des Geheimnisses zu hüllen, daß es nicht möglich war, ihr beizukommen. Jetzt ist es der „Bergarbeiter-Zeitung“ gelungen, dieses Geheimnis zu lüften. Sie veröffentlicht die „Satzungen für den Zechenverband, beschlossene in der konstituierenden Generalversammlung am 22. Januar 1908“.

Der Zweck dieser Organisation ist die „Wahrung gemeinsamer Interessen in Arbeiterfragen“ und die Gewährung einer Streikentschädigung. Wie der Zechenverband seine Aufgaben zu erfüllen gedenkt, ist in den Satzungen des näheren ausgeführt. Den Verbandswerken ist die Verpflichtung auferlegt, während der Dauer eines Ausstandes und drei Monate nachher keinen Arbeiter des vom Ausstand betroffenen Wertes anzunehmen. Arbeiter, die einzeln unter Vertragsbruch die Arbeit niedergelegt haben, dürfen sogar sechs Monate von einem anderen Werke nicht angenommen werden. Unternehmer, die trotzdem einen so verfeimten Arbeiter einstellen, werden mit einer Strafe bis zu 1000 Mk. für jeden Fall der Zuwiderhandlung bedroht.

Und diese Bestimmungen stehen nicht nur auf dem Papier. Der Geschäftsführer des Zechenverbandes, ein Herr v. Schwenslein, versendet regelmäßig eine Liste angeblich kontraktbrüchiger Arbeiter, deren Zahl ganz unheimlich wächst; gegenwärtig soll sie schon über 2000 Namen in Verurteilungsfälle Arbeiter enthalten. Wie das bei solchen Prospektionslisten üblich ist, gibt man sich keine besondere Mühe, die gegen den einzelnen erhobenen Anklagen näher zu prüfen, so daß viele Arbeiter auf der schwarzen Liste stehen und demnach ein halbes Jahr von der Arbeit ausgeschlossen sind, die tatsächlich nicht kontraktbrüchig geworden sind. Im Hinblick auf die Schärfe, mit welcher die Gerichte gegen den angeblichen Terrorismus der Arbeiter vorgehen, fordert die „Bergarbeiter-Zeitung“ energisch das Eingreifen des Staatsanwalts.

Wenn wir wirklich eine unparteiische Justiz in Deutschland hätten, dann würde, gemessen an den gegen Arbeiter ergangenen Urteilen, den Leitern und Mitgliedern des Zechenverbandes schwere Strafe drohen. Die Herren werden sich aber sicher deswegen keine grauen Haare wachsen lassen. Sie haben das feste Vertrauen zur Justiz und wissen, daß sie von jener Seite nichts zu fürchten haben. Es hätte deshalb der Reinwaschungsversuche nicht bedurft, die in der „Kölnischen Zeitung“ und der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vorgenommen werden. Das letztgenannte Blatt spöttelt über die Anrufung des Staatsanwalts durch die „Bergarbeiter-Zeitung“; diese Behörde, meint es, hätte mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun. „Das Bergarbeitergericht, welches hier zu entscheiden hätte, hat in der Sache noch keine dem (Zechen-)Verband ungünstige Entscheidung gefällt.“ Die Terroristen im Unternehmertum sind also, was man auch vorher schon wußte, sicher, daß ihnen die Behörden bei der Vergewaltigung der Arbeiter keine Schwierigkeiten machen.

Wie gut die Rechte der Arbeiter übrigens bei der „objektivsten Behörde“, wie die Staatsanwaltschaft einmal aus berufenem Munde genannt wurde, aufgehoben sind, zeigt ein Vorfall, der sich kürzlich in Schlesien abgepielt hat. Der Angestellte des Bergarbeiterverbandes in Waldenburg hatte bei der Staatsanwaltschaft in Hirschberg gegen einen Steiger Strafverfolgung wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung gestellt und als Beweismittel einige Fälle genannt, in welchen dieser Steiger durch Drohung mit der Verlosung Arbeiter zum Austritt aus dem Bergarbeiterverband zu zwingen versucht hatte. Als Antwort auf die Anzeige erhielt er folgendes Schriftstück:

Auf Ihre Anzeige wider den Steiger Karl Förster aus Mothenbach teile ich Ihnen mit, daß das Gericht die Eröffnung des Hauptverfahrens aus folgenden Gründen abgelehnt hat:

Der sozialdemokratische Deutsche Bergarbeiterverband ist lediglich ein der sozialdemokratischen Partei angegliederter, ihren Zwecken und Zielen dienstbarer Verband. Wenn den Arbeitern, um sie dem Verband zuzuführen, von der Parteileitung noch so oft erklärt, und wenn von ihr, wo es ihr für die Partei zweckdienlich erscheint, auch nach außen behauptet wird, daß ihre Verbände den Zweck verfolgten, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter ihrer Verbände zu erlangen, so ist dies eine großmächtige (!) Unwahrheit!

Auf jedem Parteitag der sozialdemokratischen Partei kommt es offen zur Ausprägung und ihre Presse bringt es tausendfältig zum Ausdruck, daß ihr Ziel der Umsturz der jetzigen Staats- und Gesellschaftsform ist, ohne daß sie jemals einen positiven, vernünftigen Vorschlag dafür gemacht hätte, was dann an die Stelle des zu Vernichten tretenden solle.

§§ 152 und 153 der Gewerbeordnung können auf das Verbot eines Arbeitgebers, daß seine Arbeiter einer Partei beitreten, welche die Vernichtung seiner Existenz auf ihre Fahne geschrieben hat, keine Anwendung finden. (!)

§§ 152, 153 der Gewerbeordnung setzen voraus, daß die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse der wirkliche, nicht nur der scheinbare, vorgeschobene Zweck der fraglichen Vereinigung ist.

Es hieße die Wirkung dieses Dokuments abschwächen, wollten wir ein Wort der Kritik daran wenden. Aber solange unsere „objektive“ Anklagebehörde von solchen Gesichtspunkten leiten läßt, können unsere Scharfmacher ihrem Haß gegen die Arbeiter ruhig die Zügel schießen lassen, ohne sich an die Schranken des Gesetzes zu stören. Diese gelten nur für die Arbeiter; sie werden dafür diesen gegenüber mit um so größerer Schärfe angewendet.

Der Feuerschutzverband hatte Ende des Jahres 1907 2271 Mitglieder gegen 1928 ein Jahr früher, so daß er im Jahre 1907 seine Mitgliederzahl um 843 gesteigert hat.

Der Gärtnerverband steigerte im Jahre 1907 seine Mitgliederzahl von 4560 auf 4730, also um 70. Das Verbandsvermögen belief sich Ende 1907 auf 19 082 Mk. gegen 23 220 Mk. am Jahreschluß 1906.

Der Schneiderverband hatte im Jahre 1907 an nicht weniger als 128 Orten Streiks und Lohnbewegungen zu führen. Beteiligt waren daran 29 778 Personen, und zwar 13 129 Personen an friedlichen Lohnbewegungen, 4402 an Angriffstreiks, 464 an Abwehrstreiks und 11 783 an Aus-sperrungen. Die Erfolge waren durchweg recht günstig.

Der Seemannsverband hat sich im Jahre 1907 recht gut entwickelt. Die Zahl der vollzahlenden Mitglieder stieg von 5972 auf 7720, also um 1748.

Der Zimmererverband veröffentlicht seine Tarifstatistik für das Jahr 1907. Daraus geht hervor, daß zu Beginn dieses Jahres 823 Tarife bestanden, die sich auf 2545 Orte mit 47 821 Beschäftigten erstreckten. Von diesen Verträgen liefen 56 in 245 Orten mit 9883 Beschäftigten ab und wurde nicht erneuert, dagegen wurden 79 Verträge in 373 Orten mit 8146 Beschäftigten erneuert.

Hartha. Einwendungen ohne Unterschrift kommen in den Papierkorb.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (G. S. 8 in Hamburg).

Einnahme im Mai:

Überschüsse sandten ein: Erlangen 400 Mk., Mühlburg, Selterhausen je 300, Bayreuth 250, Wilsdruff 225, Neu-Fienburg, Weinheim, Schnefeld, Leipzig I, Bayenthal, Gienburg, Volkmarshaus, Gohmannsdorf, Mainz, Mühlheim a. M., Godelsberg, Düsseldorf, Darmstadt, Gonsenheim, Forchheim je 200, Herrmühlheim, Bombach, Heddesheim, Neu-Kuppin, Hürth, Siegburg, Alte Neustadt je 150, Gr.-Dobritz 140, Naßberg, Neustadt a. S., Dessau, Grehen, Bergshausen, Reffenich, Oldesloe, Duisburg, Bredow, Lübnitz, Meerane, Gotha, Sülz, Trotha, Ndr.-Zwehren, Plane, Offenburg, Lössau, Blankenburg i. Th., Brunsbüttelkoog, Ritzheim, Sprottau je 100, Schweinfurt 90, Bensheim, Niederberg, Lohschütz, Ndr.-Erlenbach je 80, Nordhausen, Nauheim, Rothenditmold je 75, Brieg, Wunstorf je 70, Solzhausen 65,34, Herford 60, Zwickau, Langenberg je 50 Mk.

Table with 2 columns: Description of contributions and amounts. Total sum: 8870,84 Mk.

Ausgabe im Mai:

Zuschüsse erhielten: Berlin A 600 Mk., Mütenburg 500, Berlin D, Ulm, Frankfurt a. M., Stuttgart je 400, Schne-

weide, Wilhelmshagen, Schweizingen, Weihensee, Breslau je 300, Jahr, Möckern je 250, Frankenthal, Bremen, Zeitz, Eslingen, Deutz, Bonames, Durlach, Gr.-Zimmern, Jagen, Wicendorf, Essen, Ravensburg, Neu-Lupheim, Posen, Worms, Sandersacker, Guttrich, Gotha, Görbe, Neustadt a. S., Charlottenburg, Öppingen, Lubwigschafen, Müdenheim, Lanberichshofheim, Wülheim a. d. R., Fintken, Feudenheim, Wehlheiden, Wiesbaden, Brenzlau je 200, Fellbach, Lampertheim, Gundelsheim, Hornberg, Birrig, Fackenburg, Stolp, Meissen, Coblenz, Gera, Oppau, Bettenhausen, Neu-Fienburg, Rheindt, Roth-Geumar, Aachen, Weimar, Steint, Cannstatt, Rathenow, M.-Glabach je 150, Friedberg 120, Schleiz, Pörs, Brühl, Potsdam, Gaisburg, Cottbus, Rudolstadt, Lutzenau, Heiligenzell, Arnstadt, Scharnhausen, Beierthelm, Schw. Hall, Pfungstadt, Untergrüne, Hückeburg, Hausen, Wudenheim, Haibach, Cotha, Mühlhausen, Weipensfeld, Wenigenjena, Rödelheim, Morheim, Böhlich-Ghrenberg, Neuenburg, Kronach, Zebenhausen, Oerwiewick, Dürthelm, Stade, Westhofen, Neuhäusen, Förderstedt, Wilhelmshagen, Bergen je 100, Grehen 90, Urach, Buchtingen, Geisenheim, Weklar je 80, Ratingen 75, Lippoldshausen, Heuchelheim je 70, Freiberg, Burg-Gräfenroba, Münschwitz, Neuwied je 60, Roda, Ratibor, Jagenheim, Hemelingen, Orma, Bremerhaven, Neumühlen, Ivers-gehofen je 50, Weiterstadt 40, Al.-Kroenburger 30 Mk.

Table with 2 columns: Description of expenses and amounts. Total sum: 24 888,07 Mk.

Table with 2 columns: Summary of income and expenses. Total income: 12 260,88 Mk. Total expense: 24 888,07 Mk.

Abnahme des Vermögens 12 627,19 Mk. U. Suck, Hauptkassierer.

Briefkasten.

\* Raumangels halber mußten einige Einwendungen zur Maschinenarbeiterbewegung sowie ein Eingekandt zur Lage der Stellmacher zurückgestellt werden.

Bersammlungs-Anzeiger.

Nienburg. Die Mitgliederversammlungen finden jeden zweiten Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, bei Gastwirt Hentel, Günterstraße, statt.

Anzeigen.

Berlin. Die Arbeitsvermittlung für nachfolgende Branchen erfolgt im paritätischen Arbeitsnachweis, Gormann-Strasse 18:

- List of professions: Drechsler, Maschinenarbeiter, Modellstecher, Stellmacher, Stockarbeiter, Tischler, Möbelpolierer, etc.

Alle übrigen Arbeitsnachweise sind für Verbandsmitglieder gesperrt.

Das Ansuchen um Arbeit in den Werkstätten ist streng verboten.

Eingaben. Unser Verkehrsblatt befindet sich jetzt bei Frau Behnke Wwe., Gasthaus Zur Sonne, Nordertien.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis der besten Fachkräfte befindet sich bei Kollege Gilling, Viehweidenstraße 37, geöffnet morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr. Umschauen verboten.

Wiesbaden. Arbeitsnachweis, Herberge und Mietvermittlung im Gewerkschaftshaus, Segebergstraße 37, abends von 7-8 Uhr. Umschauen streng verboten.

München. Der Arbeitsnachweis für alle in der Goldschmiedbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen befindet sich in Wasing bei Herrn Franz Wisinger, Gasthaus Zum Münchenschloß, Münchenerstraße 28, wohnen alle Anfragen unbedingt zu richten sind.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Gliner, Schwabacherstraße 7 I, Etb. I. Umschauen ist strengstens verboten.

Leipzig. Arbeitsnachweis und Mietvermittlung bei S. Guster, Untere Speichergasse 35. Verkehrsblatt im Gewerkschaftshaus.

Schwerin i. Mecklenburg.

Vom 1. Juni ab ist der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter in Kraft getreten. Die Vermittlung erfolgt im Schweriner Gesellschaftshaus, Gr. Moor 51, vormittags 9-10 Uhr.

Umschauen streng verboten.

Ein ganz selbständiger Schreiner auf feinste Arbeit bei dauernder und gut bezahlter Beschäftigung gesucht.

Jos. Feiss, Schreinermeister Billingen, Schwarzwald.

Einige Drechsler

für dauernd gesucht. Holzwarenfabrik Allendorf G. m. b. H. Allendorf a. Werra.

Gesucht zu sofortigem Eintritt tüchtiger Sieger für Porzellanfabrik gegen hohen Lohn.

Gehr. Graf, Rammfabrik Prungstadt, Hessen.

Tüchtiger Ueberpolierer

Robert Vogel, Pianofortefabrik Eisenberg (S.-Mtg.).

Ein Korbmacher

gesucht, der schon auf Grün gearbeitet hat. Harburg a. Elbe, Am Wall 16.

Zwei tüchtige, junge Korbmachergefallen auf Wasch- und Reiseförbe für dauernde Arbeit gesucht.

Karl Nolte, Korbmachermeister Brüggeln bei Elze, Hannover.

Ein jüngerer Korbmacher, tüchtig auf Reiseförbe, findet dauernde Stellung. Antritt sofort oder später. Hoher Lohn. Reise wird nach drei Monaten vergütet.

R. Polenz, Einbeck (Hannover) Hallenplan.

Ein tüchtiger Gestellarbeiter auf feine Peddigröhrmöbel gesucht.

J. C. W. Müller, Bremen.

Suche per sofort 2 Korbmacher auf Spargelförbe gegen guten Lohn.

H. Haag, Nienburg (Weser).

Zwei junge tüchtige Korbmacher auf Roharbeit sofort gesucht.

Cl. Elvers, Nordseebad Wisum.

2 tüchtig. Bohrer

(durchschnittlicher Akkordverdienst 4,50 bis 5 Mark) auf sofort gesucht.

Bonns & Co.

Bürsten- und Pinselabrik mit Dampftrieb Quakenbrück, Prov. Hannover.

Mehrere tüchtige Borstenzurichter finden dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn. Zu melden bei

H. Sonnenberg, Peine (Hannover).

Zu sofortigem Eintritt bei eventuell dauernder Beschäftigung und guten Akkordlöhnen werden

2 tüchtige Pecher gesucht, welche auch im Zurichten bewandert sein müssen.

Dettinger Bürsten- und Pinselabrik Dettingen a. M.

Ein tüchtiger Bohrer auf feine Ware, sowie ein Verputzer, der auch polieren kann, auf sofort in dauernde Stellung gesucht.

Gest. Offerten an Kramers Nachfolger, Bürstenfabrik Naumburg a. Saale.

2 tüchtige Bürstenmacher, mischen, pechen, sucht R. Gündel, Stollberg i. Erzgeb.

Eingelegte Furniere für Nüchtrische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs schreiben.

E. Biller, Marqueteur, Heidelberg Theater-Strasse 7.

Viele 1000.

verdanken ihr ausgezeichnetes Wissen und Können, ihre sichere eintägliche Lebensstellung einzig dem Studium der weltbekanntesten Selbstunterrichtswerke System Karnaak-Hachfeld. Von der Bauschreinerschule, Kunst- und Möbelschreinerschule, Zimmermeisterschule, Polierschule, Holzbildhauerschule liefern wir Prospekte und Anerkennungs schreiben gratis und franko. Anschließende Bestellungen bereitwilligst.

Hobelbänke

für Tischler, Stellmacher u. Bildhauer offerieren billig. Werkzeugfabrik m. Dampftrieb Gebr. Haase, G. m. b. H., Siegnitz, Schles. Katalog gratis. Vertreter gesucht.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule

Nürnberg Erstklassige Lehranstalt. Kirchenweg 14. Dir. Carl Malbaum.

DETMOLO GRÖSSTE TISCHLER-FACHSCHULE

Programm frei. Direktor Reinsking. Selbstunterrichtswerke für Tischler versendet Direktor Reinsking, Detmold.

Solidaritäts-Bleistifte u. Massstäbe von Jean Blos, Stein-Nürnberg.

Für Schreiner!

Neu. mod. Möbelwerk, ca. 60 Zim. m. 300 Skizz., 1-10 farb. Räumungshalb. f. 3 Mk. abzugeh. Paul Noack, Düsseldorf, Heinestr. 22.

Durch die Expedition unserer Zeitung können nachstehend verzeichnete Bücher bezogen werden.

- List of books: Bei Nachnahmebestellungen bis 5 Mk. 20 Pf. und über 5 Mk. 30 Pf. mehr.

Wir bitten, den Betrag bei der Bestellung mit einzusenden, in diesem Falle wird die Gebühr für die Nachnahme erparnt.

Das Schließen, Nähen und Polieren der G. S. Schreinerbücher ist möglich, bei Bedarf auch bei der Herstellung, des Buchens und gebunden. Von Dr. Schmidt, Neue Auflage, 254 S. Preis 5 Mk., mit Porto 5,20 Mk.

Der Tischler-Belehrer von Josef Eisenach. Praktischer Ratgeber für die Belegart nebst Anleitung zur Gesellenprüfung, 58 S. Preis 50 Pf., mit Porto 50 Pf.

Die Tischlerschule von Chr. Schröder. Neu bearbeitet von Aug. Graef. Leichtverständliche Darstellung der wichtigsten theoretischen und praktischen Kenntnisse des Bau- und Möbelstellers. Textbuch 194 Seiten und Atlas mit 16 Holzschnitten. Preis broschiert 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Der praktische Möbelschreiner. Mit 151 Illustrationen und 2 Werkzeichnungen. 182 S. Von Robert Bilgeler, Vorsteher der Schwäbischen Handwerkerlehre in Stuttgart. Preis 4,50 Mk., mit Porto 4,70 Mk.

Buchführung, Wechselkunde und Kalkulation des Bau- und Möbelstellers. In Fragen und Antworten nebst ausführlichem Musterbeispiel. Von Professor Dr. S. Zwiefels, Leiter der Unterrichtskurse der Hgl. württ. Berufsschule für Gewerbe und Handel. 120 S. Preis 1,50 Mk., mit Porto 1,70 Mk.

Der Modellstecher von Fr. W. Gess. Modellstecher. Mit 213 Textabbildungen. 184 S. Preis gebunden 5 Mk., mit Porto 5,20 Mk.

Moderne Möbel. Ausgewählte Vorlagen für die Ausstattung von Wohnräumen im Stile der Neuzeit. Von Max Graef. 26 Holzschnitte, 8 Tafeln mit Werkzeichnungen und erklärendem Text. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Der Dorfschreiner von A. u. M. Graef. 24 Tafeln und 6 Werkzeichnungen mit Text. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Der Landtischler von A. Graef. Entwürfe zu einfachen Möbeln. Dritte, vollständig neu bearbeitete Auflage, 28 Holzschnitte und 8 Werkzeichnungen in natürlicher Größe. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 8 Mk.

Praktische moderne Möbel. Zimmerentwürfen in Perspektive gezeichnet an der Süddeutschen Schreinerfachschule in Nürnberg. Selbstverlag von Direktor von Carl Malbaum in Nürnberg. In Mappe. Preis 12,50 Mk., mit Porto 12,80 Mk.

Die Expedition der Holzarbeiter-Ztg.

Paul Horn Politur- und Lack-Fabrik \* Hamburg 23 \*

Nach meinem durch zwei deutsche Reichspatente

geschützten neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzlösllichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt.

Dadurch wird erreicht eine sofortige Porenfüllung

man erspart material, Zeit, Arbeit erzielt: ..

edlen unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der feinsten Maserung, volle Schönheit des Holzes

vermeidet

keine unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der feinsten Maserung, volle Schönheit des Holzes

Bei der Polierung wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverschleichte Schellack-Politur verwendet.

Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zuspulieren der Poren spritzlöslliches Polierpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder gefasst wird.

3 Jahre lang im Versuch einflößchen

1. Buch: Naturwissenschaftliche Polier-Extrakt zum Grundpolieren

1. Buch: Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren

1. Buch: Patent-Politur zum Feinpolieren

1. Buch: allerfeinsten Polituren-Glanz-lack, blond zum Ausziehen von Klebflächen usw.

1. Buch: allerfeinsten Kristall-Glanz-lack, blond (Stuhl-lack, Drechsel-, Bildhauer-lack)

1. Buch: Schellack- und Polier-lack, gelblich (Koch)

1. Dose: Porenpulver-pulver, feinstes Marke, Horn

1. Dose: Porenpulver-pulver, gemischte Qualität "Marmor-Mon"

1. Buch: Bismut-Polierpulver, hellbraun

1. Tube: Infrarotstrahlungs-lack (Holz-lack), blond, 2. Knetstift schabbarer Holzstift

1. Stück: Korkeffekt-lack, 120 x 75 x 30 mm zum Ausziehen von Klebflächen

Preis von 8 Mk. franko inkl. Emball. Preis von 8 Mk. franko gegen Nachn.

Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.

Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Postkollo zum Versuchspolieren à 8 Mk.

Mein Lehrbuch

über das Zeichnen, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in klarer, verständlicher, fachwissenschaftlicher Anleitungen über alle Vorkommnisse der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40 farbige Belegtafel und Preisverzeichnis über 100 Artikel.

Empfohlen und glänzend beurteilt von: Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottomar Lenzeck-Berlin, Prof. Ch. Herm. Waibe-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammer-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), F. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor Jos. Gossmann-München.

Preis M. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückerstattet.

Verlag von Theodor Neppert in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.